

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Standpunkt**
Deutschland ist Spitzenreiter bei der Mieterquote
- 12** **Forschung & Publikationen**
Ticken kleine Städte bei der Integration anders?
- 16** **Neue Projekte**
Leitfaden für Kommunen: Parkraummanagement
- 35** **Veranstaltungen**
Wie Nachbarschaftsprojekte im Alltag den Klimaschutz fördern

Editorial

Standpunkt

- 4 Deutschland ist Spitzenreiter in der Mieterquote

Forschung & Publikationen

- 6 Steigender Investitionsbedarf trifft auf begrenzte Kapazitäten
- 7 Generationengerechte Ausrichtung von Stadtfinanzen
- 8 SDG-Indikatoren für Kommunen erleichtern nachhaltiges Handeln
- 9 Wie Gesundheitsförderung gelingen kann: integriert und strategisch
- 10 Klimaschutz & Tourismus: Gute Beispiele aus Kommunen
- 11 Klimaschutz & Gesundheit: Umwelt- und Lebensqualität sichern
- 12 Ticken kleine Städte bei der Integration anders als große Städte?
- 13 Bundeswettbewerb Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten
- 14 Die osmanische Stadt im Wandel vom 19. zum 20. Jahrhundert

Neue Projekte

- 16 Kommunen und Krankenkassen
- 16 Parkraummanagement einführen

Veranstaltungen

- 23 Veranstaltungsvorschau
- 24 Jahrestreffen der Difu-Zuwender mit Leitthemen Sicherheit und Wohnen
- 25 Innovation in der Verwaltung durch Beteiligung und Transparenz
- 26 Diskussion über die Bodenpolitische Agenda 2020–2030 in Berlin
- 28 Stadtentwicklung und Integration: Ticken kleine Städte anders?
- 29 Perspektivplanung in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen
- 30 Stärkung des ÖPNV als Beitrag zur Luftreinhaltung und zum Klimaschutz
- 31 Neue Bussysteme für Stadt und Land
- 32 Nachhaltige Mobilität in Bundesbehörden fördern
- 33 Verkehrswende gemeinsam gestalten – Straßen und Plätze neu entdecken
- 34 Wirtschaftsförderung 4.0 ist kein Modethema
- 35 Nachbarschaftsprojekte fördern Klimaschutz im Alltag

Nachrichten & Service

- 17 Wismar neu im Kreis der Difu-Zuwenderstädte
- 18 Was ist eigentlich ... Governance?
- 19 Veröffentlichungsüberblick
- 21 Difu-Service für Zuwender
- 36 Difu intern
- 37 Difu aktiv
- 38 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 39 Difu-Presseresonanz

Editorial



Fotos: David Auserhofer

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Grandiose Einheit von Stil und Inhalt, gepaart mit einer Bescheidenheit, die seine Fachlichkeit adelt“, so beschrieb Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Vizepräsident des Deutschen Städtetages, bei der Veranstaltung zur „Bodenpolitischen Agenda 2020–2030“ am 13. Juni in Berlin Professor Martin zur Nedden, der von Oktober 2013 bis Ende Mai Institutsleiter war. Wir finden, besser kann man die Art des Wirkens von Martin zur Nedden für das Difu nicht beschreiben und bedanken uns im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die sehr erfolgreichen gemeinsamen Jahre: Wir konnten viele interessante Projekte starten, neue Zuwanderstädte gewinnen und unsere Netzwerke weiter ausbauen und stärken.

Zugleich blicken wir mit großer Vorfreude in die Zukunft, denn wir werden den weiteren Kurs des Difu gemeinsam mit einem neuen wissenschaftlichen Direktor und Institutsleiter bestimmen. Am 1. August nimmt Professor Dr. Carsten Kühl, Honorarprofessor im Fach Finanzwissenschaften an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie ehemaliger Finanz- und Bauminister des Landes Rheinland-Pfalz seine Tätigkeit auf (siehe auch www.difu.de/11993). Seine vielfältigen Erfahrungen – wissenschaftlich und administrativ in Verwaltung und Politik – werden dazu beitragen, uns den wichtigen kommunalen Fragestellungen der nächsten Jahre erfolgreich widmen zu können.

Die neue Ausgabe des Berichte-Magazins enthält wieder viele aktuelle, kommunalrelevante Themen, Stichwörter sind u.a. Wohnraumversorgung, kommunale Investitionen, Gesundheitsförderung, Klimaschutz/Energiewende, Integration, Mobilität, Wirtschaft 4.0. Es würde uns freuen, wenn Sie von den Beiträgen und vertiefenden Infos auf unserer Website profitieren.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und grüßen herzlich

Dr. Busso Grabow
Kaufm. Geschäftsführer

Prof. Dr. Arno Bunzel
Stellvertretender wissenschaftlicher Direktor

Deutschland ist Spitzenreiter in der Mieterquote

Die ewigen Debatten über die Eigentumsquote verstellen den Blick auf die Bedeutung robuster und funktionierender Mietwohnungsmärkte, die aber einen Gewinn für Stadt und Land darstellen, den es zu erhalten gilt.

Durchschlagende wohnungspolitische Erfolge – in Form einer Balance aus Angebot und Nachfrage – lassen sowohl in Ballungsgebieten als auch in den ländlicheren Regionen weiter auf sich warten. Infolge dessen mehrt sich die Zahl der Vorschläge, welche Hebel noch bewegt werden könnten. Zu den erprobten Forderungen zählt die Erhöhung der Eigentumsquote, wodurch gleichermaßen etwas für die Altersvorsorge und die Wohnversorgung getan werden würde. So ist immer wieder zu lesen, Deutschland sei Schlusslicht der EU hinsichtlich der Wohneigentumsquote. 2016 lag diese bei 45 Prozent. Unter den OECD-Staaten wies einzig die Schweiz mit knapp 40 Prozent eine noch geringere Quote auf. Auf dem dritten Platz folgt Österreich mit annähernd 50 Prozent. In den Darstellungen ist der Begriff „Mieternation“ in der Regel negativ besetzt. Deshalb werden – wie vom „Verbändebündnis Wohn-Perspektive Eigentum“ (vgl. Pestel Institut 2016) – Vorteile des Eigentums erörtert und Maßnahmen aufgezählt, mit denen der Staat die Eigentumsbildung erleichtern sollte. Im Folgenden sollen diese gängigen Argumente auf ihre Stichhaltigkeit geprüft werden. Es geht nicht darum, Wohneigentum generell in Frage zu stellen, sondern alternative Sichtweisen zu skizzieren.

Die Konjunktur ist in Deutschland seit Jahren stabil, mittlerweile steigen auch die Einkommen moderat. Die Mieterquote hat sich aber kaum verändert, insbesondere in den Städten. Dennoch wird immer wieder das Bild einer verhinderten Eigentüternation gezeichnet – zumeist unter Verweis auf Umfragen, nach denen die Mehrheit der Bürger in den eigenen vier Wänden wohnen möchte. Doch sie tun es nicht und sie ziehen auch nicht in kleine Landgemeinden, die Befragungsergebnissen zufolge die bevorzugte Wohngegend darstellen. Um die Paradoxie aufzulösen, wird eine Vielzahl von Hürden identifiziert, die der Realisierung der Wohnwünsche im Wege stünden. Damit wird jedoch u.U. die Priorität des Eigentumswunsches im Kontext anderer Entscheidungen der Haushalte überschätzt. Dies gilt auch für eine Art Eigentumsautomatismus, der ab einer bestimmten Einkommenshöhe unterstellt wird. Zu kurz kommen zudem die Eigenheiten des deutschen Mietwohnungsmarkts, der seit der Nachkriegszeit auf eine Balance aus staatlichen Interventionen

und privatem Gewinn setzte. Im Ergebnis entstand ein hinsichtlich der Vermieter, der Stadtquartiere und der Wohnqualitäten vielfältig ausdifferenzierter Mietwohnungsmarkt. Mietersein ist somit – zumindest in größeren Städten – Normalität und kein Stigma.

Wenn die Wohneigentumsquote in Deutschland als zu niedrig bewertet wird, stellt sich die Frage, welche Quote denn angemessen wäre bzw. welche Vorteile aus einer höheren Quote resultieren würden. Jedes Land hat seine eigene Wohnungsmarktgeschichte, die sich aus den angebotsseitigen Institutionenbereichen (Bereitstellung von Bauland, Kreditvergabe, Organisation des Bau-sektors), aus politischen Faktoren (sozialpolitische Bewertung von Eigentum, Konfiguration von Förderprogrammen) und aus der Akzeptanz verschiedener Eigentumssegmente (Einfamilienhaus versus Stockwerkseigentum) ergeben. In der EU sind die Wohneigentumsquoten in Rumänien, der Slowakei, Litauen, Ungarn, Bulgarien und Polen am höchsten, was den Privatisierungen in den 1990er-Jahren geschuldet ist. In diesen Ländern ist auch die Hypothekenbelastung der Eigentümerhaushalte gering, da die Mieter ihre Wohnungen zu vergleichsweise günstigen Preisen erwerben konnten. Die „neuen“ Eigentümer können aber oft keinerlei Investitionen in ihren Bestand tätigen. In den Ländern mit Quoten zwischen 60 und 80 Prozent ist das Wohneigentum oft zu hohen Anteilen hypotheckenfinanziert. Die letzte Finanzkrise hat die Verletzlichkeit dieser Finanzierungsmodelle gezeigt, insbesondere für Haushalte mit geringeren Einkommen, die momentan in Deutschland (wieder) als Adressaten der Eigentumsbildung auserkoren wurden. Auch lohnt ein Blick in die Beschaffenheit der englischen oder spanischen Mietwohnungsmärkte, denn nicht zuletzt in deren Schwächen sind Begründungen für die Eigentumspräferenzen zu finden.

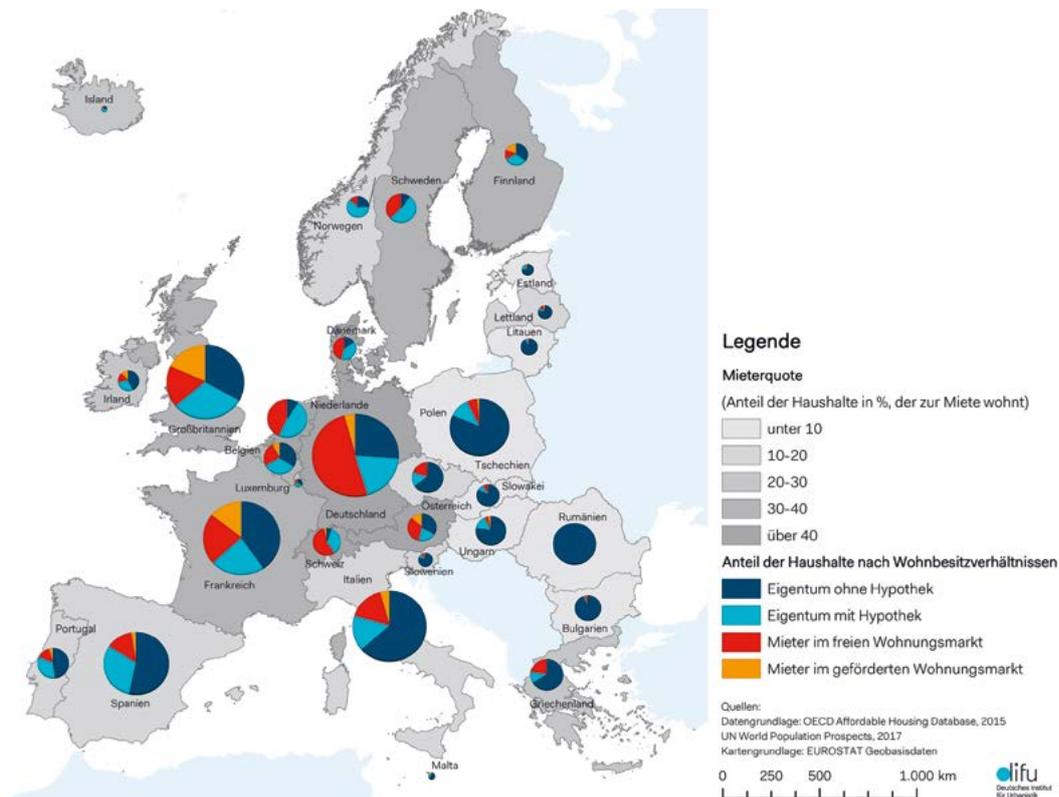
Das Wohnen zur Miete entspricht durch die höhere Flexibilität und schnellere Anpassbarkeit grundsätzlich den heutigen veränderten Lebens- und Mobilitätsvorstellungen und auch -anforderungen. Diese Eigenschaften sind aber nicht in Stein gemeißelt und gerade im Zuge der explodierenden Mieten werden viele Mieter zu „Zwangseigentümern“, weil sie befürchten, sich die Stadt



Foto: A. Koroll



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de



Mieterquoten in europäischen OECD-Ländern.

zum Weiterlesen

Mieterland oder Hauseigentümernation? Wohnungsmärkte in Deutschland und den USA.

➔ www.bit.ly/2lYG6qj

Eine kleine Geschichte der Eigenheimidee. Von ursprünglich konservativer Sozialpolitik zum Sprengstoff.

➔ www.bit.ly/2tXS1JG

Renaissance sozial orientierter Wohnungspolitik?, in: Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen.

➔ www.difu.de/11667

Pestel Institut (2016): Eigentumsbildung 2.0 – wie kann Wohneigentum die Mietwohnungsmärkte entlasten, im Auftrag des „Verbändebündnis Wohn-Perspektive Eigentum“, Hannover.

➔ www.bit.ly/2lZv9oN

Policies to promote access to good-quality affordable housing, in: OECD countries, OECD Social, Employment and Migration Working Papers.

➔ www.bit.ly/2Nr1aCE

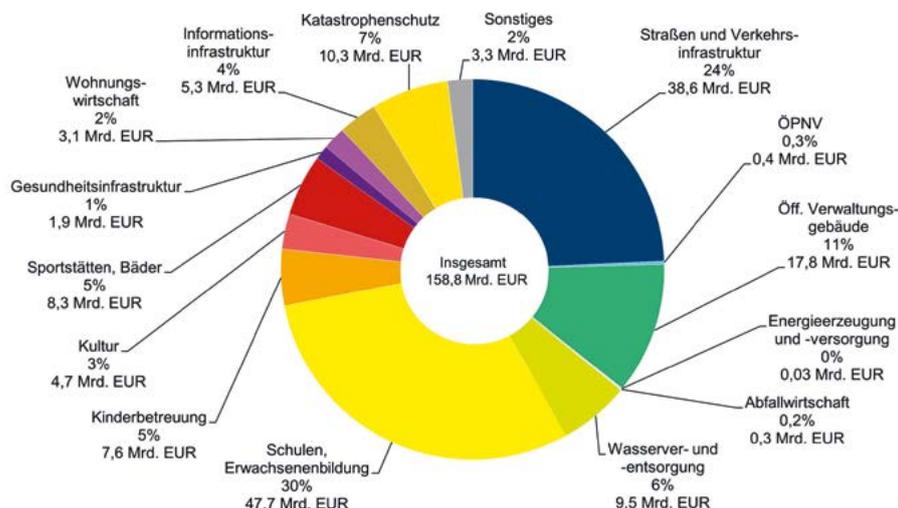
bald nicht mehr leisten zu können. Die Motivation lautet damit Schutz vor Verdrängung. Doch der ist oft teuer erkauf, denn insbesondere bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen erzielen vorrangig Verkäufer Gewinne. Ein weiteres Argument für den Immobilienkauf ist die Sicherung der Altersvorsorge. Für Selbstnutzer bedeutet Eigentum indes nicht immer, dass sie als Senioren weniger Ressourcen benötigen, da erhebliche Investitionen in die Instandhaltung und für die Modernisierung anfallen können (vgl. Salvi del Pero et al.: 31). Zudem sind die in der Familienphase erworbenen Wohnimmobilien und deren Umfeld selten altersgerecht. Mit dem Erwerb von Wohnungen zur Erzielung von Mieteinnahmen existiert ebenfalls eine Bandbreite durchwachsender Erfahrungen, denke man nur an die nicht wertstabilen Wohnungskäufe in den neuen Ländern in den 1990er-Jahren.

Generell sollte den Auswirkungen „wohnfremder“ Interessen auf die Wohnungsmärkte höhere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die niedrigen Zinsen führten zur „Flucht“ des Anlagekapitals ins „Betongold“. Aus dem Nachfrageüberhang resultieren spekulative Preise, die das Wohnen immer weiter verteuern. Ähnliche Effekte haben auch Subventionen oder andere Anreize, die in Zeiten ohnehin steigender Immobilienpreise den Markt weiter unter Druck setzen. Die Kopplung einer auskömmlichen Altersversorgung an steigende Immobilienpreise erweitert den Kreis der potenziellen „Spekulanten“ noch einmal. Ebenso wie jede Familie im Falle einer Trennung – immerhin wird jede dritte Ehe geschieden – versuchen muss, die gemeinsame Wohnung möglichst teuer zu

verkaufen, um getrennt in der Stadt etwas Neues zu finden. Ob eine solche Eigentumswohnung gefördert oder auf einem von der Stadt günstig zur Verfügung gestellten Grundstück errichtet wurde, entfaltet dabei keine Bindungswirkung, insgesamt verändern diese privaten Entscheidungen aber das Innenleben von Quartieren erheblich. Die Vielzahl an Publikationen zum Wohnen erweckt den Eindruck, alles wäre bereits gedacht, geforscht, belegt und es gäbe nur noch ein Handlungsdefizit. Dementsprechend sind Wohnungsmarktdebatten oft von gegensätzlichen „Glaubenssätzen“ geprägt – à la „der Markt soll es richten“ versus „der Markt hat versagt“. Entsprechend rufen auch die meisten Instrumente und Maßnahmen jeweils ritualisierte Einschätzungen hervor. Eben weil viele Interessen und Eigeninteressen im Spiel sind, haben wir ein Stück weit verlernt, uns differenziert mit grundsätzlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen – laut gestritten wird genug. Der Wohnungsmarkt besteht aus einer Summe von Nischen, zwischen denen wechselseitige Abhängigkeiten bestehen, in denen aber spezifische Eingriffe erforderlich sind. Insofern gibt es keinen Mainstream: Es werden Mietwohnungen im ländlichen Raum gebraucht und sicher auch Angebote für Eigentum in der Stadt. Genossenschaften oder Mietshäusersyndikate erproben einen dritten Weg. Worauf gibt aber die pauschale Forderung nach einer höheren Eigentumsquote eine Antwort? Und welche Nebenwirkungen wären zu erwarten? Die Vielfalt des Angebots – insbesondere im Mietwohnungsbau – sorgt für Stabilität in den Wohnquartieren und ist eine Grundlage für sozialen Frieden. Diese Qualitäten sollten mehr Wertschätzung erfahren und gestärkt werden.

Steigender Investitionsbedarf trifft auf begrenzte Kapazitäten

Bevölkerungswachstum und höhere Anforderungen an die Infrastruktur lassen Investitionsbedarf der Kommunen steigen. Ausgelastete Kapazitäten in Kommunalverwaltung und der Bauwirtschaft erschweren zusätzliche Investitionen.



Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen 2017.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2018, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2017.

2017 lebten rund zwei Millionen Menschen mehr in Deutschland als noch vor fünf Jahren – darunter viele Kinder und Jugendliche. Damit wächst der Druck auf die Kommunen, zusätzliche Infrastrukturen bereitzustellen. Gleichzeitig müssen schrumpfende Städte, Gemeinden und Landkreise die Folgen des demografischen Wandels meistern. Das zeigt sich auch in den Ergebnissen des KfW-Kommunalpanels 2018, einer Befragung der Kommunen in Deutschland, die jährlich vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW Bankengruppe durchgeführt wird.

Der wachsende Infrastrukturbedarf in den Kommunen lässt den wahrgenommenen Investitionsrückstand der Kommunen auf knapp 159 Mrd. EUR steigen (2017: 126 Mrd. EUR). Die gute wirtschaftliche Lage erleichtert es zwar vielen Kommunen, die sehr unterschiedlich ausgeprägten demografischen Herausforderungen anzugehen. Allerdings können die Investitionen – dies zeigen die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanel 2018 – oft nicht so schnell geplant und realisiert werden, wie nötig. Denn viele Kommunalverwaltungen stoßen an Kapazitätsgrenzen, da durch Personaleinsparungen Mitarbeiter fehlen. Allerdings wird auch die hohe Auslastung der Bauwirtschaft für viele Kommunen zunehmend zum Problem. Wenn Kommunen überhaupt noch Bauunternehmen oder Handwerker finden, müssen sie inzwischen deutlich mehr zahlen als in vergangenen Jahren. Damit steigen zwar die Investitionsausgaben,

mehr Infrastruktur wird deshalb aber noch nicht bereitgestellt. Vielerorts werden Ausschreibungen aufgehoben oder zumindest zeitlich aufgeschoben. Den gestiegenen Investitionsrückständen stehen in vielen Kommunen auch wachsende Investitionen gegenüber. Für 2017 waren hierfür Ausgaben in Höhe von 25,5 Mrd. EUR vorgesehen, für 2018 planen die Kommunen sogar 28,2 Mrd. EUR. Die Befragung zeigt daher auch, dass viele Kammereien zuversichtlich sind, die Investitionsrückstände gerade bei Schulen und Kitas in den nächsten Jahren wieder zu verringern. Bei Straßen hingegen, wo die unterlassene Instandhaltung der letzten Jahre besonders spürbar ist, rechnen die meisten Kommunen weiterhin mit einer angespannten Lage. Problematisch ist die Situation allerdings weiterhin in dem Viertel aller Landkreise, Städte und Gemeinden mit angespannter Haushaltslage. Denn dort kann wachsender Bedarf aufgrund haushaltsrechtlicher Restriktionen nicht durch höhere Investitionen gedeckt werden: In Regionen mit starken Anstiegen beim Investitionsrückstand wird tendenziell weniger investiert. Ein Aufholen dieser Regionen aus eigener Kraft wird dadurch immer schwieriger. Dann jedoch wachsen die Disparitäten zwischen den Regionen weiter. Hier bleibt abzuwarten, ob die geplante Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ politische Lösungsvorschläge erarbeiten wird, die einer weiteren Auseinanderwicklung der Kommunen nachhaltig entgegenwirken.



www.difu.de/11982
www.difu.de/11983

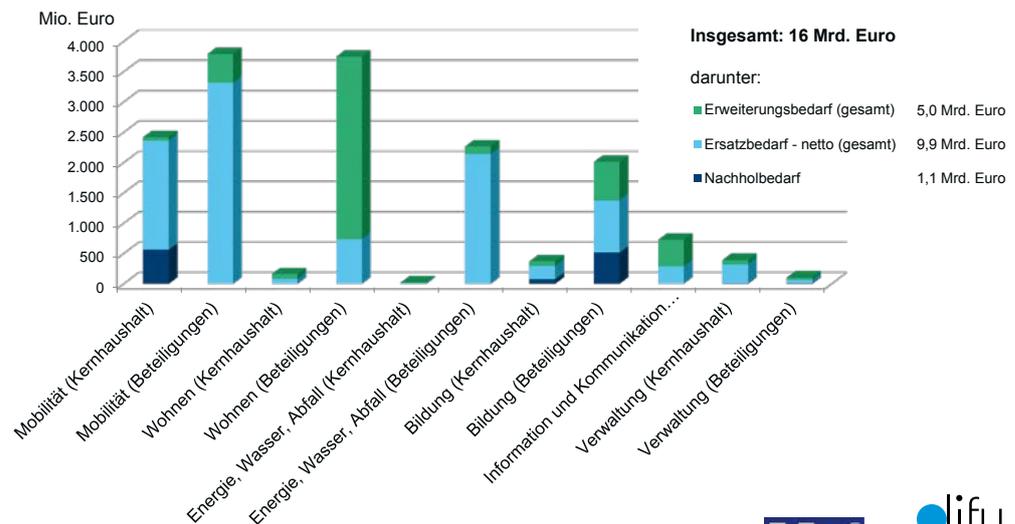


Dr. Henrik Scheller
 +49 30 39001-295
 scheller@difu.de

Elisabeth Krone
 +49 30 39001-223
 krone@difu.de

Generationengerechte Ausrichtung von Stadtfinanzen

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut der Universität zu Köln (FiFo) geben in einer Pilotstudie am Beispiel der Stadt Köln Empfehlungen für generationengerechtes Haushalten in Kommunen.



Investitionsbedarf in ausgewählten Bereichen der Daseinsvorsorge in Köln (2015 bis 2040).

FiFo Köln

difu
Deutsches Institut für Urbanistik

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo) untersuchten in einer Pilotstudie am Beispiel der Stadt Köln Möglichkeiten für generationengerechtes Haushalten in Kommunen. Die Studienergebnisse können auch für andere Städte hilfreich sein, die sich generationengerecht aufstellen und eine zukunftsgerichtete kommunale Infrastruktur planen. Die Stadt Köln und die Kölner Stadtwerke hatten die Studie in Auftrag gegeben.

Die enormen Aufwendungen, die für die Infrastrukturen aufgebracht werden müssen, treffen in der Stadt Köln auf knappe Finanzen. Im „Kölner Tragfähigkeitskonzept“ wurden die finanziellen Gestaltungsspielräume unter Berücksichtigung aller vergangenheits- (Stichwort: „Sanierungsstau“), gegenwarts- und zukunftsbezogenen Lasten mit Blick auf den Infrastrukturbedarf bis 2040 abgeschätzt. Dabei wurde allein für das Jahr 2017 eine „Tragfähigkeitslücke“ in Höhe von 463 Mio. Euro ermittelt. Um nachhaltig und generationengerecht zu Haushalten, müsste die Stadt daher jährlich Einsparungen oder Mehreinnahmen in dieser Höhe generieren. Mit Hilfe der Modellrechnungen werden zugleich erste Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. Ein bedeutender Fortschritt besteht darin, dass so die gängigen Indikatoren „schwarze Null“ und „Schuldenstand“ durch

langfristige Indikatoren unter Berücksichtigung des Vermögensstands ergänzt werden. Denn Ziel der Stadt ist das Erreichen der „grünen Null“.

Der Abschlussbericht fasst nicht nur wesentliche Ergebnisse zusammen, er gibt Einblick, wie das innovative Instrumentarium – auch in anderen Städten – für eine strategische Infrastruktur- und Finanzplanung genutzt werden kann.

Denn Infrastrukturen sind elementarer Bestandteil des öffentlichen Vermögens der Städte und Gemeinden. Pflege und Erhalt sowie Um- und Ausbau der Infrastrukturen zählen zu den Kernaufgaben jeder nachhaltigen und generationengerechten Daseinsvorsorge. Die städtischen Infrastrukturen müssen in Kenntnis der finanziellen Gestaltungsspielräume der Stadt stetig entwickelt und nicht ausschließlich nach „Kassenlage“ vorgenommen werden. Diese hohen planerischen Anforderungen an die Verantwortlichen der Stadt machen deutlich: Um die fiskalischen und ökologischen Herausforderungen in Balance zu bringen, ist ein transparenter sowie fach- und periodenübergreifender Diskussionsprozess im „Konzern Stadt“ zusammen mit der Stadtgesellschaft erforderlich. Dazu kann das entwickelte Instrumentarium einen Beitrag leisten..



www.difu.de/12003



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

SDG-Indikatoren für Kommunen erleichtern nachhaltiges Handeln

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und einem Konsortium von Partnern ein Instrument entwickelt, um den Status quo in deutschen Kommunen mit Blick auf die Sustainable Development Goals abzubilden.

Im September 2015 einigte sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf die Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals (SDGs). Darin sind 17 Ziele mit 169 Unterzielen zur nachhaltigen Entwicklung enthalten. Neben den nationalen Regierungen sind auch die Kommunen angesprochen, zur Erreichung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ziele beizutragen.

Im Rahmen des Projekts „Monitor Nachhaltige Kommune“ haben das Deutsche Institut für Urbanistik gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und einem Konsortium von Partnern ein Instrument entwickelt, um den Status quo in deutschen Kommunen in Hinblick auf die SDGs abzubilden. Auf diese Weise lassen sich die Veränderungen auf dem Weg zur Zielerreichung beobachten. Das Ergebnis liegt nun als Veröffentlichung „SDG-Indikatoren für Kommunen“ vor.

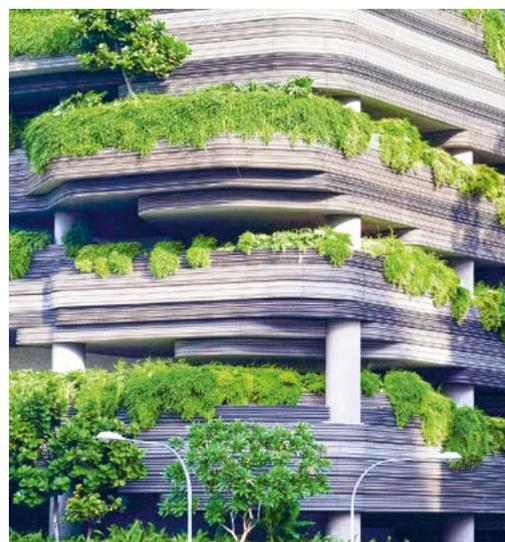
47 Kernindikatoren dienen dabei der quantitativen Abbildung jener Ziele und Unterziele, die für Kommunen relevant sind. Entsprechend dieser Ziele gehören dazu Maßzahlen für Armut, Bildungsbeteiligung nach Geschlecht und Nationalität, Abwasserbehandlung, Artenvielfalt, kommunale Verschuldung und vieles andere. Für 30 dieser Kernindikatoren stehen die Daten auf Kreisebene im „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung online bereit.

Die Ausarbeitungen beschränken sich allerdings nicht auf diese Kernindikatoren. Ergänzend wurde für ein breites Spektrum an Indikatoren geprüft, ob sie mit kommunalrelevanten Zielen verbunden sind, ob sie den gemeinten Sachverhalt angemessen abbilden und ob für sie Daten flächendeckend vorliegen. Mit den Kernindikatoren ist aus dieser langen Liste eine Auswahl getroffen, mit der die SDGs in ihrer Breite abgedeckt werden und die zumindest soweit möglich mit leicht zugänglichen Daten unterlegt sind. Die Auswahl wurde in einer Arbeitsgruppe mit den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag), dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) erarbeitet.

Die SDG-Indikatoren für Kommunen sind gemeinsam mit der Bereitstellung entsprechender Daten ein guter Startpunkt für ein kommunales Nachhaltigkeitsmonitoring nach den SDGs. Die Indikatoren können nach einem Baukastenprinzip ausgewählt und ergänzt werden. Auf kommunaler Ebene sind oft weitere Datenbestände zugänglich, die eine sinnvolle Ergänzung für die Abbildung der Ziele sind.

Im weiteren Projektverlauf wird die Anwendung der Indikatoren in Kommunen begleitet, um daraus Schlüsse für ihre Anwendbarkeit und eine Weiterentwicklung zu ziehen. Dazu sollen sie ergänzt werden, insbesondere für Ziele, die mit bisher verfügbaren Daten nur schlecht abgebildet sind. Parallel entstehen Leitfäden und Handreichungen für ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement.

Mit den globalen Nachhaltigkeitszielen, den SDGs, haben sich die Länder der Erde selbst verpflichtet, substanzielle Verbesserungen in einer ganzen Reihe von Nachhaltigkeitsdimensionen zu erreichen. Auch die deutschen Kommunen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Mit den SDG-Indikatoren für Kommunen wird ihnen ein Baukasten an die Hand gegeben, um die Ausgangssituation abzubilden und die weiteren Fortschritte zu beobachten.



www.bit.ly/2MszJHr
www.difu.de/11999
www.difu.de/12019
www.bit.ly/2ncZuHR



Dr. Jochen Roose
+49 30 39001-198
roose@difu.de

Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Wie Gesundheitsförderung gelingen kann: integriert und strategisch

Das Difu hat Akteure aus Kommunalverwaltung, -politik, Krankenkassen und Wissenschaft zur Umsetzung integrierter Strategien kommunaler Gesundheitsförderung befragt und gemeinsam mit ihnen Handlungsempfehlungen entwickelt.

Integrierte Strategien kommunaler Gesundheitsförderung erfordern die Zusammenarbeit vieler verschiedener Akteure: die verschiedenen Zielgruppen, beteiligte Institutionen, Krankenkassen, Kommunalverwaltung sowie -politik. Hierfür ist eine Steuerungsform notwendig, die auf Kooperation und Konsensfindung basiert.

Im Rahmen seiner Mitwirkung in dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten „Forschungsverbund für gesunde Kommunen – PartKommPlus“ erforschte das Difu, wie diese komplexe Aufgabe in Kommunen umgesetzt wird. Mit einem partizipativen Forschungsansatz wirkte das Difu methodisch darauf hin, die Expertise verschiedener Akteursgruppen – Kommunalverwaltung, -politik, Krankenkassen und Wissenschaft – herauszuarbeiten und nutzbar zu machen. Dazu wurden 28 Interviews geführt. Gemeinsam mit den Interviewten wurden zudem Handlungsempfehlungen für Kommunalverwaltung und Krankenkassen (weiter)entwickelt. Als zentral stellten sich dabei insbesondere folgende Aspekte heraus:

- Schlüssel für die erfolgreiche Entwicklung und Umsetzung kommunaler Gesundheitsförderung ist ein integratives, kooperatives sowie strategisch ausgerichtetes Selbstverständnis von Kommunalpolitik und -verwaltung. Dieses muss mit politischen Beschlüssen, integrierenden Strukturen und ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen untersetzt sein. Für die Steuerung muss in der Kommunalverwaltung eine dezidierte Federführung festgelegt werden. Dabei kommen je nach Ortsspezifika verschiedene Modelle in Betracht: Verortung bei einem Fachamt, bei einer Stabsstelle oder kooperative Federführung. Zudem empfiehlt sich die Einrichtung einer Steuerungsgruppe, der neben den relevanten Fachämtern, soweit es um strategische Fragen geht, auch die „politische Federführung“ angehören sollte.
- Für die erforderliche ressortübergreifende Zusammenarbeit ist „kommunale Gesundheitsförderung“ selten die geeignete begriffliche Klammer. Hilfreich ist ein „Label“, das andere Ressorts mit Blick auf ihre Zuständigkeit stärker anspricht und ihnen aus der Mitwirkung den Mehrwert für das eigene Ressort verdeutlicht.

So können Begriffe wie „Gesunde Stadt“, „Gesunde Lebensqualität“, „Gesundheit und Lebensqualität“ den Zugang zu einem breiteren Spektrum der Ämter eröffnen.

- Partizipation ist ein Kernelement integrierter Strategien kommunaler Gesundheitsförderung. Eine wichtige Aufgabe der Kommunalverwaltung im Rahmen von partizipativen Prozessen sind die Moderation und Stärkung von schwächeren bzw. „stillen“ Gruppen. Das notwendige Erfahrungswissen und die hierfür erforderlichen Kompetenzen liegen bislang nur in wenigen Kommunen vor. Um partizipative Prozesse einschließlich ihrer Koordination zu qualifizieren, sollten Akteure aus der Verwaltung geschult werden.
- Die Zusammenarbeit von Kommunen und Krankenkassen bedarf auch nach Inkrafttreten des Präventionsgesetzes noch einer starken Vermittlungsarbeit. Bislang scheinen vor allem solche Kommunen Profiteure des Präventionsgesetzes zu sein, die in der kommunalen Gesundheitsförderung bereits mit Blick auf Strukturen und Ressourcen gut aufgestellt sind. Ungleichheiten zwischen Kommunen können dadurch verstärkt werden. Bei der Verteilung der Präventionsmittel sollten daher auch bzw. vor allem weniger gut aufgestellte Kommunen und entlegene ländliche Gebiete in den Blick genommen werden. Hierbei kommt den Krankenkassen eine steuernde Funktion zu.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten sind in Kürze unter der Rubrik „Sonderveröffentlichungen“ auf der Difu-Homepage zugänglich.



Foto: Wolf-Christian Straus



www.difu.de/publikationen



Dipl.-Ing.
Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de

Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Klimaschutz & Tourismus: Gute Beispiele aus Kommunen

Nicht nur zur Haupturlaubszeit stehen die Themen Tourismus, Naherholung und Freizeitgestaltung auf der Agenda. Umwelt und Klima spielen dabei eine besondere Rolle. Wie Kommunen ihre Chancen für einen nachhaltigen Tourismus erkennen und nutzen.

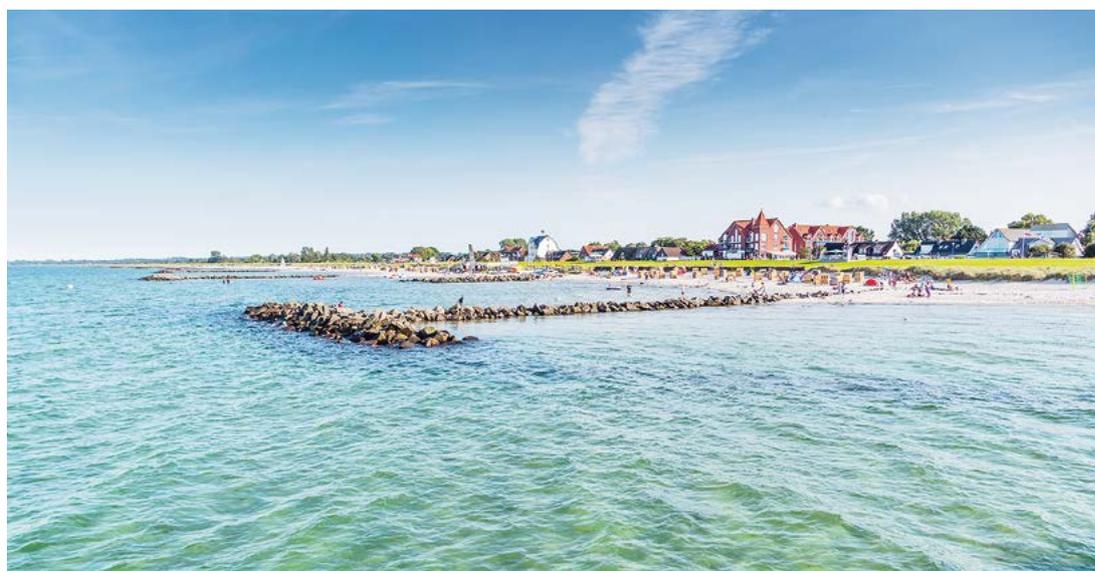


Foto: Oliver Franke

Zunehmend wird deutlich, dass viele der Aktivitäten, die sich aus dem Tourismus ergeben, indirekt oder direkt eine Belastung für das Klima und die Umwelt bedeuten. Umgekehrt heißt dies aber auch: Hier liegt ein erhebliches Potenzial, um einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können, beispielsweise durch Mobilitätskonzepte, nachhaltige Beschaffung oder Energiemanagement. Darüber hinaus gibt es auch Angebote, sich in der Freizeit mit Möglichkeiten, das Klima aktiv zu schützen, auseinanderzusetzen. Tourismus und Klimaschutz sind also eng miteinander verbunden. Zusätzlich ist die Nachfrage nach ökologisch verträglichen „sanften“ Tourismusangeboten steigend, weshalb „Klimafragen“ ebenfalls ins Blickfeld rücken.

Viele Städte, Gemeinden und Landkreise sind bereits in verschiedenen Handlungsfeldern im Klimaschutz aktiv. Ausgehend von den nationalen Klimaschutzzielen werden Klimaschutzkonzepte und -strategien auf lokaler Ebene initiiert und in konkreten Maßnahmen realisiert. Bei der Erstellung und Umsetzung eigener touristischer Konzepte und Aktivitäten tragen Kommunen eine besondere Verantwortung, Chancen und Potenziale wahrzunehmen, um einen nachhaltigen und klimagerechten Fremdenverkehr vor Ort voranzutreiben. Auch wenn sich bisher eher wenige Kommunen gezielt über das Thema Klimaschutz im Tourismus definieren und dies auch so vermarkten, ist der

Fremdenverkehr ein bedeutender Sektor mit vielfältigen Handlungsmöglichkeiten für Kommunen, klimaaktiv zu sein oder zu werden. Dabei ist sehr wichtig, dass die Kommunen möglichst alle für den Tourismus relevanten regionalen Akteure mit in die Planungen einbeziehen und im besten Fall strategisch miteinander verbinden. Dazu gehören insbesondere Hotellerie, Gastronomie, Erzeugerbetriebe regionaler Produkte, Anbieter und Betreiber von Touren, kulturellen Veranstaltungen, Museen oder Sehenswürdigkeiten.

Ein neues Themenheft „Klimaschutz & Tourismus“ zeigt in sieben Beiträgen und vier Exkursen unterschiedliche Ziele und Herangehensweisen, wie Kommunen beide Themen erfolgreich miteinander verknüpfen. Außerdem werden die wichtigsten Siegel für nachhaltigen Tourismus vorgestellt.

In der Publikationsreihe „Themenhefte“ greift das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), gefördert durch das Bundesumweltministerium, Schnittstellen des kommunalen Klimaschutzes zu verschiedenen Handlungsfeldern auf. Dabei werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und anhand konkreter Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen, Institutionen und der Wissenschaft vorgestellt.



www.difu.de/11997



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 0221/340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Dipl.-Geogr. Maja Röse
+49 0221/340308-11
roese@difu.de

Klimaschutz & Gesundheit: Umwelt- und Lebensqualität sichern

Die Lebensqualität der Menschen ist eng mit dem Schutz der Gesundheit und des Klimas verbunden. Zwischen den beiden kommunalen Handlungsfeldern gibt es Wechselwirkungen und Synergien, die identifiziert und genutzt werden sollten.



Die Gründe, die dazu führen, dass Kommunen im Klimaschutz aktiv werden, sind individuell sehr unterschiedlich. In der Regel wird Klimaschutz im Zusammenhang mit anderen Aktivitäten betrieben. Viele Überschneidungen ergeben sich mit dem Handlungsfeld Gesundheit. Die integrierte Betrachtung beider Bereiche leistet einen Beitrag für eine hohe Lebensqualität der Menschen.

Die Qualität der Umgebungsluft ist von besonderer Bedeutung für unsere Gesundheit. Die Luftqualität hat sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten wesentlich verbessert. Zahlreiche Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung der Emissionen haben dazu beigetragen. Dennoch sind die Belastungen in den Kommunen durch Feinstaub, Stickstoffoxide und Ozon weiterhin existent. Neben der Belastung der Luft durch Schadstoffe sind globale klimatische Veränderungen für viele Kommunen Anlass, sich auf die daraus resultierenden Folgen einzustellen und die menschliche Gesundheit zu schützen. Strategien, Konzepte und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind wichtige Instrumente für Kommunen, um die Siedlungsräume zu stärken, potenzielle Schäden zu vermeiden und das Wohlergehen der Menschen zu sichern.

Menschen reagieren unterschiedlich auf Luftverunreinigungen und klimatische Belastungssituationen. Besonders empfindlich sind Kinder,

Senioren und Menschen mit einem dauerhaft beeinträchtigten Immunsystem. Personen, die einer erhöhten Schadstoffbelastung ausgesetzt sind, können dadurch erkranken. Personen, die häufig oder periodisch hohen Temperaturen ausgesetzt sind, tragen ein erhöhtes Risiko, hitzebedingt zu erkranken. Die Erschöpfung durch Hitze kann im akuten Fall bis zum Hitzschlag führen. Klimatische Veränderungen können dazu beitragen, dass die Bevölkerung einem höheren Risiko durch Allergien ausgesetzt ist. Das zunehmend wärmere Klima begünstigt die Ansiedlung wärmeliebender Tier- und Pflanzenarten mit teilweise gesundheitsgefährdendem Potenzial.

Ein neues Themenheft „Klimaschutz und Gesundheit“ stellt in sechs Beiträgen und einem Exkurs Ideen und Ansätze vor, wie sich Synergien für die Themen Klima- und Gesundheitsschutz schaffen und nutzen lassen und wie die Herausforderungen angegangen werden können.

In der Reihe „Themenhefte“ greift das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), gefördert durch das Bundesumweltministerium, Schnittstellen des kommunalen Klimaschutzes zu verschiedenen Handlungsfeldern auf. Dabei werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und anhand konkreter Erfahrungen aus der Praxis unterschiedlicher Kommunen, Institutionen und der Wissenschaft vorgestellt.



www.difu.de/11998



Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 340 308-11
bweber@difu.de

Ticken kleine Städte bei der Integration anders als große Städte?

Um Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten ging es in einem praxisorientierten Forschungsprojekt mit besonderem Fokus auf sozialräumlicher Integration, städtischer Identität und gesellschaftlicher Teilhabe. Die Ergebnisse liegen nun vor.



Foto: Wolf-Christien Strauss



Familienaktionstag auf dem Marktplatz von Saarlouis – Freiwillige Feuerwehr gemeinsam mit Kindern im Einsatz.

In vielen Köpfen existiert die Vorstellung von „eintönigen“ Kleinstädten, in denen die Uhren anders ticken als in den „bunten“ Großstädten. In der Realität sind die über 1.300 kleineren Städte in Deutschland hingegen überaus heterogen, wie auch deren Stadtgesellschaft vielfältig ist. Dies zeigen auch die Erfahrungen der neun Kommunen, die als Projektpartner an dem Ende Juni abgeschlossenen Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ teilgenommen hatten: Germersheim, Goslar, Ilmenau, Michelstadt, Mühlacker, Saarlouis, Steinfurt, Weißenfels, Zittau.

Sie ließen sich im Herbst 2015 auf das Abenteuer eines Forschungs-Praxis-Projekts an der Schnittstelle von Integration und Stadtentwicklung ein. Der Ausgang war offen, ging es doch gerade nicht darum, ein Modellprogramm mit festgelegten Bausteinen umzusetzen, sondern die eigenen Aktivitäten quasi in einem bundesweit sichtbaren „Schaufenster“ auszustellen. Dabei galt es, der Herausforderung standzuhalten, dass die intensive Befassung mit Alltagsfragen von Migration durch die Zuwanderung Geflüchteter eine gänzlich andere Dynamik erfuhr. Mit dem Ende des Projekts sind in dem Schaufenster nun viele Erfahrungen zu besichtigen. Die gewonnenen Erkenntnisse macht das Difu in verschiedenen Formaten publik, in mehreren Publikationen und einer Fachtagung (zur Tagung mehr auf S. 28).

Einen fundierten Überblick der Projektergebnisse bietet der als Edition Difu im Herbst 2018

erscheinende Sammelband „Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten“. Die Publikation nähert sich dem Untersuchungsgegenstand in wissenschaftlichen Beiträgen, Essays und persönlichen Positionierungen. Sie berücksichtigt theoretisch-konzeptionelle Überlegungen zu Integration und Stadtentwicklung ebenso wie Fragen der alltäglichen Praxis kommunaler Stadtentwicklungspolitik und Integrationsarbeit. Durch die Projektförderung ist es möglich, die Publikation gratis zur Verfügung zu stellen. Die Finanzierung des Projekts erfolgte aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, Projektfördermitteln des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), des Förderprogramms „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration sowie über Eigenmittel des Difu.

Als weiteres Projektergebnis wurde auf der Tagung das Positionspapier „Integration in Bewegung bringen – Die Handlungsfähigkeit von Klein- und Mittelstädten stärken“ online veröffentlicht. Es bildet die Quintessenz aus drei Jahren Forschung und Praxis ab. Mit ausgewählten und zugespitzten Schlaglichtern auf das Thema Integration in Klein- und Mittelstädten lädt das Projektteam die Fachöffentlichkeit zur Diskussion ein. Geschöpft wurde dabei aus dem Wissensfundus des Projekts. Das Papier zeigt einerseits gute Voraussetzungen, Potenziale und Hemmnisse auf, andererseits werden Perspektiven für den künftigen Umgang mit dem Thema entwickelt und dafür erforderliche Weichenstellungen identifiziert.



www.difu.de/publikationen
www.bit.ly/2rMkQ9Y
www.bit.ly/2m5yfrn



Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Dipl.-Soz. Gudrun Kirchhoff
+49 30 39001-192
kirchhoff@difu.de

Bundeswettbewerb Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten

21 Kommunen wurden für ihre vorbildlichen Initiativen der Zuwanderer-Integration und Förderung des Zusammenlebens prämiert. Die Preisträger des Bundeswettbewerbs „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“ wurden in Berlin ausgezeichnet.



Foto: Nadine Dräger



Freude bei Preisträgern, Jurymitgliedern und BMI-Team.

Beim Bundeswettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“ wurden im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in Berlin 21 Städte, Gemeinden und Landkreise für ihre vorbildlichen Aktivitäten zur Integration von Zuwanderern und der Förderung des Zusammenlebens vor Ort ausgezeichnet. Der erstmals ausgelobte Wettbewerb soll zur Nachahmung guter Praxis anregen und die in der kommunalen Integrationsarbeit Tätigen in ihrer Arbeit ermutigen und stärken. Mehr als 140 Beiträge wurden bei dem vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) inhaltlich und organisatorisch betreuten und von den kommunalen Spitzenverbänden und dem Bundesverband Deutscher Stiftungen unterstützten Wettbewerb eingereicht. Die hohe Zahl der Wettbewerbsbeiträge und die insgesamt überzeugenden Aktivitäten der Arbeit vor Ort zur Integration und Förderung des Zusammenlebens sollen anderen Kommunen einen Anreiz zur Nachahmung geben. Die Wettbewerbsbeiträge zeigen eine beeindruckende Bandbreite an Konzepten, Projekten und Maßnahmen mit denen Kommunen sich innovativ und kreativ für gutes Zusammenleben und eine nachhaltige Integration engagieren. Dabei arbeiten viele verschiedene Partner zusammen. Partizipation und ehrenamtliches Engagement sind fester Bestandteil nahezu aller Beiträge.

Eine unabhängige Jury aus Wissenschaft und Praxis ermittelte aus den Wettbewerbsbeiträgen die

21 Preisträger. In der Kategorie „Hervorragende strategische Aktivitäten“ wurden 17 Kommunen ausgezeichnet, sie erhielten ein Preisgeld von je 25.000 Euro. In der Kategorie „Bemerkenswerte Einzelprojekte“ wurden vier Kommunen prämiert, sie erhielten ein Preisgeld von je 10.000 Euro.

Preisträger der Kategorie „Hervorragende strategische Aktivitäten“

Kreisfreie Städte:

- Dortmund, Landeshauptstadt München, Osnabrück, Landeshauptstadt Schwerin.

Kreisangehörige Kommunen:

- Alheim, Diemelstadt, Dülmen, Samtgemeinde Elm-Asse, Everswinkel, Henstedt-Ulzburg, Neuss, Osterholz-Scharmbeck, Landeshauptstadt Saarbrücken, Schwäbisch Gmünd.

Landkreise:

- München, Oberspreewald-Lausitz, Osnabrück

Preisträger der Kategorie „Bemerkenswerte Einzelprojekte“

- Burgenlandkreis, Geestland, Hanau, Minden.



www.bit.ly/2sbrMAk
www.difu.de/11992



Dr. Beate
Hollbach-Groemig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Die osmanische Stadt im Wandel vom 19. zum 20. Jahrhundert

Die neue Ausgabe der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte – MSG“ widmet sich der Geschichte der osmanischen Stadt und legt einen Schwerpunkt auf ihren Wandel im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert.

Das aktuelle Heft „Die osmanische Stadt“ der über das Difu vertriebenen Fachzeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ legt einen besonderen Fokus auf den Wandel im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert.

Die Herausgeber Nora Lafi (Berlin) und Florian Riedler (Gießen) heben in ihrer Einleitung besonders hervor, dass das überkommene Bild einer zu dieser Zeit stagnierenden, sich nur unter dem Modernisierungsdruck westlicher Einflüsse wandelnden städtischen Kultur dringend einer Korrektur bedarf. Im Kontrast dazu betonen sie, dass und wie die Städte zwischen Nordafrika und dem Balkan eigene innovative Konzepte – beispielsweise auf den Feldern der kommunalen Hygiene- und Infrastrukturpolitik – bereits vor dem und parallel zum Einzug westlicher Stadttechnik entwickelten.

Nora Lafi untersucht in ihrem Beitrag „Tunis als Laboratorium osmanischer Modernität: das Beispiel der Vorstadtbahn (1863-1881)“ die Modernisierung der Transportinfrastruktur dieser osmanischen Provinzhauptstadt. Der Aufsatz von Nazan Maksudyan (Berlin) über „Feminist Perspectives to Ottoman Urban History“ präsentiert neue Forschungsergebnisse der Gender- und Stadtforschung und hebt insbesondere die Bedeutung von Frauen in den Feldern von Philanthropie, Erziehung und Politik in der osmanischen Stadt des 19. Jahrhunderts hervor. Florian Riedler betont in seinem Beitrag „Segregation oder gemeinschaftliches Zusammenleben? Vom Umgang mit Vielfalt in der osmanischen Stadt“ die Kluft zwischen der auf religiös definierte städtische Teilgesellschaften ausgerichteten staatlichen Verwaltung und den davon abweichenden kulturellen Praktiken im Alltag, in denen soziale oder regionale Unterschiede und Zuschreibungen eine größere Rolle spielten. In seinem Aufsatz „Zivilisations- und Urbanisierungsdiskurs im Spätosmanischen Reich“ rekonstruiert Fabian Steininger den Bedeutungswandel von Urbanität im Osmanischen Reich, in dem es Anfang des 20. Jahrhunderts zunehmend zu einer Verklärung der Natur und des Dorflebens gekommen sei. Der Beitrag „Multinational Capital, Public Utilities, and Urban Change in Late Ottoman Istanbul: Constantinople Tramway and Electric Company“ von Erol Ülker (Istanbul) analysiert die Infrastrukturentwicklung in der osmanischen

Hauptstadt Anfang des 20. Jahrhunderts und stellt das Spannungsverhältnis zwischen den Interessen und Strategien ausländischer Investoren und lokaler Nutzer der elektrischen Straßenbahn in den Mittelpunkt. Den Themenschwerpunkt beschließt die Leitrezension, in der Florian Steininger das Buch von Noyan Dinçkal zur Geschichte der Wasserver- und Abwasserentsorgung in Istanbul vom späten 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts vorstellt.

In der freien Rubrik „Forum“ präsentiert Dieter Schott (Darmstadt) neue Ergebnisse zur Lage der Städte im Ersten Weltkrieg, den Wahrnehmungen der Bevölkerung an der „Heimatfront“ und den großen Herausforderungen für die Stadtverwaltungen in der Daseinsvorsorge. Sönke Friedreich beschreibt die Selbstwahrnehmung von Urbanität und Stadtqualitäten in der als „provinzielle Großstadt“ apostrophierten Stadt Plauen im Vogtland um 1900. Im Berichtsteil, der wie immer über zurückliegende Tagungen im Feld der Stadtgeschichte informiert, fasst Isabel Glogar die Referate und Diskussion der „International Conference on Working Class Districts – Urbane Transformationen in der wachsenden Stadt“ am 14. und 15. September 2017 in Wien zusammen, in deren Mittelpunkt die Geschichte der in der Industrialisierung entstandenen Arbeiterviertel stand. Kilian Fehr berichtet über die Konferenz „Kommunen im Nationalsozialismus“ am 13. und 14. Oktober 2017 in Villingen-Schwenningen, und Zora Damová referiert die Ergebnisse der vom Archiv der Hauptstadt Prag veranstalteten Tagung „Die Stadt und ihre Mauern“ am 10. und 11. Oktober 2017. Eine Vorschau auf zahlreiche kommende stadthistorische Konferenzen mit Hinweisen zu Websites und Deadlines rundet das Heft ab.



Seite 15: Aleppo, September 2010.



www.bit.ly/2tUBFkO



Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
+49 33 62793-142
christoph.bernhardt@
leibniz-irs.de



Kommunen und Krankenkassen

Kommunen und Krankenkassen kooperieren um gesunde Lebenswelten vor Ort zu fördern.

Kommunen und Krankenkassen



www.difu.de/9791
www.partkommplus.de



Dipl.-Ing. Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de



Bei der Arbeit im „Forschungsverbund für gesunde Kommunen – PartKommPlus“ geht es darum, neue Erkenntnisse über die Gestaltung und Umsetzung kommunaler Gesundheitsförderung zu gewinnen. Dabei stehen Fragen von Steuerung, Zusammenarbeit und Partizipation im Fokus. Der Verbund ist nun in eine zweite Förderphase gestartet, die bis zum Jahr 2021 läuft.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) beschäftigt sich vor dem Hintergrund des 2016 in Kraft getretenen Präventionsgesetzes in dieser zweiten Phase mit der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Krankenkassen. Dabei sollen Erkenntnisse über die Initiierung und Etablierung von Formen erfolgreicher Zusammenarbeit im Bereich Primärprävention und Gesundheitsförderung gewonnen werden. Drei kommunale Fallstudien sollen die Wissensbasis u.a. anhand von Dokumentenanalysen und leitfadengestützten Interviews verstärken. Auf Basis der Ergebnisse werden gemeinsam mit den Fallstudien-Kommunen übergreifende Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für Kommunen und Krankenkassen abgeleitet. Die Ergebnisse sollen in weitere Kommunen und Krankenkassen transferiert werden, damit auch diese von den Erkenntnissen profitieren können.

Am Forschungsverbund PartKommPlus sind neben dem Difu u.a. folgende Partner beteiligt: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (Koordination), Alice-Salomon-Hochschule, Hochschule Esslingen, Hochschule Fulda, Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V., Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen, Robert Koch-Institut.

Parkraummanagement einführen



www.difu.de/11988



Dipl.-Geogr.
Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Parkraummanagement einführen

Leitfaden soll Kommunen bei der Einführung des Parkraummanagements unterstützen.



Foto: Martina Hertel

Durch wachsende Einwohnerzahlen und den ungebremst steigenden Pkw-Bestand kommt die Leistungsfähigkeit des Verkehrs in vielen Städten an ihre Grenzen. Um Mobilität zu sichern und die Lebensqualität zu verbessern, wird jedoch Platz benötigt: für bessere Radwege, das Flanieren, für Begegnung und Kommunikation oder Platz für neue Stadtbahntrassen oder Busspuren.

Parkraummanagement ist ein äußerst wirksames Instrument, um motorisierten Individualverkehr – besonders in den Kernstädten – zu reduzieren und Verkehr zu lenken. Maßnahmen wie die Einführung von Parkgebühren, die Überwachung von Parkverstößen oder die Reduzierung und Umwidmung von Stellplätzen stoßen jedoch häufig auf erbitterten Widerstand bei Anliegern und Anwohnern. Häufig scheuen Verwaltung und Kommunalpolitik den Konflikt mit der Konsequenz, dass die Potenziale des Parkraummanagements nicht voll ausgeschöpft werden.

Ziel eines neuen Projekts ist es daher, kommunale Akteure bei der Umsetzung von Maßnahmen des Parkraummanagements zu unterstützen. Dafür wird ein Leitfaden entwickelt, der u.a. eine fundierte Faktensammlung, sachliche Argumente und Umsetzungshilfen für Beteiligungsprozesse innerhalb der Verwaltung sowie der Stadtgesellschaft enthält. Diese Handreichung soll helfen, emotionale Debatten rund um das Thema Parken auf eine sachorientierte Basis zu lenken.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) setzt das Projekt gemeinsam mit der Agentur Tippingpoints GmbH im Auftrag der AGORA Verkehrswende um.

Hansestadt Wismar – Meer als du denkst...

Wismar ist „Wirtschaft, Wissenschaft, Welterbe und Meer.“ Seit dem Jahr 2018 haben die Stadt Wismar und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ihre Kooperation verstärkt und arbeiten auf wissenschaftlicher Ebene eng zusammen.



Foto: Georg Hundt

Die um 1229 gegründete Hansestadt Wismar ist Zentrum und historisches Herz des Landkreises, das noch heute sichtbar die Geschichte der Hansezeit verkörpert. Sie liegt geografisch bevorzugt in einer der schönsten Regionen Deutschlands direkt an der Ostsee. Das maritime Flair, die hervorragenden wirtschaftlichen Bedingungen und eine gut ausgebaute Infrastruktur zeichnen Wismar aus und machen die altherwürdige Hansestadt zu einem attraktiven Wohn-, Arbeits- und Lebensort.

Die Wirtschafts- und Hafenstadt Wismar verfügt über eine gut ausgebaute Infrastruktur – ob über den Seeweg, die Schiene oder die Straße – eine wunderschöne Lage direkt an der Ostsee, attraktive und vielfältige Einkaufsmöglichkeiten in der einzigartigen Atmosphäre der historischen Altstadt. Diese Nähe zum Wasser ist ein enormer wirtschaftlicher Standortvorteil für die Stadt, beispielsweise für den Schiffbau. Bereits in der Hansezeit war der Wismarer Hafen der zentrale Umschlagplatz für Güter. Heute ist der Seehafen Wismar ein moderner Hafen und mit idealen Bedingungen, insbesondere für die Holzindustrie, die sich in unmittelbarer Nähe angesiedelt hat. Deshalb findet man fast ein Viertel der Arbeitsplätze im industriellen Bereich – ein sehr guter Wert. Es gibt auch zahlreiche gute Perspektiven im Bereich Dienstleistung, Handel, Hotel- und Gastgewerbe. Hinzu kommen gute Bedingungen für Familien, eine ausreichende Zahl an Kinderbetreuungs- und Bildungsangeboten sowie ein hoher Freizeitwert.

Die Hochschulstadt Wismar hat sich mit praxisnahen Studiengängen in den Bereichen

Wirtschaftswissenschaften, Gestaltung und Ingenieurwesen einen guten Ruf erworben. Die Innovationskraft, die von der Hochschule ausstrahlt, findet ihren Niederschlag auch direkt am Alten Hafen im Technologie- und Gewerbezentrum (TGZ).

Dort können junge Absolventen ihre kreativen Ideen umsetzen, es ist der ideale Platz für Gründer. In der maritimen Atmosphäre der Hansestadt entfaltet sich ein reges Studentenleben bei moderaten Mieten und einem überdurchschnittlichen kulturellen Angebot.

Wismar kann man am besten vom Alten Hafen aus erkunden, auf dem Weg, den bereits die Kaufleute der Hansezeit genommen haben. Hier ist es noch lebendig, das Flair der Hansestadt. Hier, wie auch in der gesamten Altstadt, laden gemütliche Gaststätten, Kneipen und Cafés zum Verweilen ein und in den vielen kleinen Läden finden Sie das Besondere. Lassen Sie die Atmosphäre der Stadt auf sich wirken. Die historischen Fassaden der Bürgerhäuser und Stadtkirchen erzählen vom Glanz der Hansezeit und versprühen bis heute ihren einzigartigen Charme.

Die Ostseestadt Wismar hat Ihnen unendlich viel zu bieten, ob nur auf Besuch oder für immer. Zahlreiche schicke Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen laden zum zeitweiligen Verweilen ein. Die Stadt liegt direkt an der Wismarbucht und zu den schönsten Stränden der Ostsee ist es nicht weit.

Doch Vorsicht – so manchem ist der Abschied von Wismar so schwer gefallen, dass er für immer geblieben ist.



Governance

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt

Unter Governance wird das Regel- und Koordinationssystem des Staates, einer Gemeinde, einer Verwaltung oder einer anderen Organisation verstanden. In vielen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird der Begriff gebraucht.

Governance verbindet sich dabei mit der Erkenntnis, dass sich kollektive Probleme einer Gesellschaft oder einer Kommune nicht über reine Top-Down-Prozesse lösen lassen, sondern es bedarf dazu geeigneter Mechanismen der Koordination von Akteuren. Durch das System der Governance werden in einem Staat, einer Gemeinde oder in anderen Einheiten verschiedene Interessen verhandelt, verwaltet und dann umgesetzt.

„Governance ist in demokratischen Gesellschaften unumgänglich, da sich kollektive Probleme einer Gesellschaft oder einer Kommune nicht über reine Top-Down-Prozesse lösen lassen.“

Wird von „Good Governance“ gesprochen, so geht es darum, im Rahmen von Governance Leitlinien vorzugeben, die dazu dienen, in diesem Prozess gesellschaftlich verantwortliches Handeln beim Regieren und Verwalten zu fördern. Rechenschaftspflicht, Verantwortlichkeit, Transparenz von Strukturen und Prozessen sowie Fairness sollten Prinzipien dabei sein. Der Begriff der Corporate Governance wiederum bezieht sich auf Führungs- und Verwaltungsstrukturen in Unternehmen, die sowohl durch den Gesetzgeber als auch den Unternehmer festgelegt werden.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189

Edition Difu - Stadt Forschung Praxis

Vielfalt gestalten **NEU**

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)

2018, Bd. 17, ca. 400 Seiten, kostenlos,

erscheint ca. August

ISBN 978-3-88118-618-6

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.),

Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €,

ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €,

ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele –

Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €,

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J.

Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €,

ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €,

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte

Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß

(Hrsg.), 2013, Bd. 11, 320 S., zahlreiche

Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-521-9

Difu-Arbeitshilfen

Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

4., völlig neu bearbeitete Auflage

von Martin Zilkens, 2014, 208 S., inklusive

Checklisten und Muster, 30 €,

ISBN 978-3-88118-536-3

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €,

ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz,

Monika Geiß, 2011, 2., aktualisierte Auflage,

224 S., 35 €, ISBN 978-3-88118-498-4,

eBOOK 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €,

ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert **NEU**

Das Beispiel der Stadt Köln

Von Stefan Schneider u.a.

Bd. 6/2018, 160 S., 20 €,

ISBN 978-3-88118-619-3

Städtebauförderung in NRW

Erfolgsfaktoren u. Hemmnisse der Beantragung,

Bewilligung u. Abrechnung von Fördermitteln

Von Stefan Schneider, Henrik Scheller, Beate

Hollbach-Grömig, Bd. 5/2018, 78 S., 15 €,

ISBN 978-3-88118-616-2

Wirtschaftsflächenplanung wachsender Großstädte **NEU**

Von Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf und

Daniel Zwicker-Schwarm

Bd. 4/2018, ca. 80 S., 15 €, in Vorbereitung

ISBN 978-3-88118-614-8

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs

Wulf-Holger Arndt und Tobias Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., 15 €,

ISBN 978-3-88118-615-5

Ende oder Neustart – Perspektiven der Clusterpolitik

Von Dirk Assmann und Jens Libbe

Bd. 2/2018, 92 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-613-1

Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen

Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben

Holger Floeting u.a. (Hrsg.)

Bd. 1/2018, 220 S., 23 €

ISBN 978-3-88118

Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement

Dokumentation des 20. Deutschen Fachkon-

gresses für kommunales Energiemanagement

Cornelia Rösler (Hrsg.), Bd. 3/2016, 186 S., 20 €,

ISBN 978-3-88118-570-7, **eBOOK** 16,99 €

★ Difu-Papers

Regionalwirtschaftliche Effekte der Energiewende **NEU**

Von Stefan Schneider u.a.

2018, ca. 24 S., 5 €, in Vorbereitung

➔ www.difu.de/publikationen

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €

➔ www.difu.de/11741

Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren

Kurzfassung der Ergebnisse der Studie

Hrsg. Difu, im Auftrag des BBSR

2017, 28 S., 5 €

➔ www.difu.de/11596

Standortfaktoren für Unternehmen – die kommunale Sicht

Ergebnisse auf Grundlage der Daten des

Difu-Projekts „Koordinierte Unternehmens-

befragung“

Von Detlef Landua, Sandra Wagner-Endres,

Ulrike Wolf, 2017, 40 S., 5 €

➔ www.difu.de/11597

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

Nach Chronologie: www.difu.de/publikationen

Nach Reihen: www.difu.de/6194

Nach Thema: www.difu.de/publikationen/suche

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/10829

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 3900-1275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Veröffentlichungen

Berichte 3/2018

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

In allen Größen! Stärkung von Pflegekindern und ihren Familien

AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, 192 S., nur online
➔ www.difu.de/11290

Neu Maß nehmen!

Zukunftsperspektiven der Vormundschaft
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 107, 122 S.,
19 €, ISBN 978-3-8811-8-563-9

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch / nur als Download)

Ressourceneffizienz in Kommunen – Stoffströme und Stoffkreisläufe auf der regionalen und lokalen Ebene optimieren

Handlungsfelder, Fallbeispiele und Empfehlungen für Kommunen **NEU**
Von Maic Verbücheln und Sandra Wagner-Endres, i.A. des UBA
2018, ca. 36 S., in Vorbereitung, kostenlos, Bestellungen ausschließlich beim UBA

Integrierte Strategien kommunaler Gesundheitsförderung **NEU**

Rahmenbedingungen, Steuerung und Kooperation. Ergebnisse einer Akteursbefragung
Von Christa Böhme und Bettina Reimann
2018, ca. 70 S., nur online, in Vorbereitung
➔ www.difu.de/publikationen

Klimaschutz & Gesundheit **NEU**

Difu (Hrsg.), Bearb. Björn Weber
2018, 72 S., kostenlos, in Vorbereitung
➔ www.difu.de/11998

Klimaschutz & Tourismus **NEU**

Klimaschutz als Chance für einen nachhaltigen Tourismus in Kommunen
Difu (Hrsg.), Bearb. Maja Röse
2018, 104 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11997

SDG-Indikatoren für Kommunen **NEU**

Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen.
Von Dirk Assmann, Jasmin Honold, Busso Grabow und Jochen Roose, Hrsg. Bertelsmann Stiftung u.a.
2018, 120 Seiten, kostenlos (Printexemplar bestellbar ausschließlich bei:
petra.vollmer@bertelsmann-stiftung.de)
➔ www.sdg-indikatoren-fuer-kommunen.de

Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten **NEU**

Juni 2017–Juni 2018. Bundeswettbewerb
Difu (Hrsg.), 2018, 140 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11992

KfW-Kommunalpanel 2018 **NEU**

Von Elisabeth Krone und Henrik Scheller,
Hrsg. KfW Bankengruppe
2018, 43 S., nur online
➔ www.difu.de/11982

Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog **NEU**

Projektergebnisse
Difu (Hrsg.), Vera Völker u.a. (Bearb.)
2018, ca. 50 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11836

Umwelt- und Aufenthaltsqualität in urbanen Quartieren

Empfehlungen zum Umgang mit Dichte und Nutzungsmischung
Umweltbundesamt (Hrsg.), Difu u.a. (Bearb.)
2018, 20 S., nur online
➔ www.difu.de/11907

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Dokumentation des 3. Netzwerktreffens am 30. November/1. Dezember 2017
Von Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss, BMI u.a. (Förd.)
2018, 22 S., nur online
➔ www.difu.de/11829

Ausgezeichnete Praxisbeispiele 2017

Klimaaktive Kommune 2017. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik
Difu (Hrsg.), Anna Hogrewe-Fuchs u.a. (Bearb.)
2018, 75 S., nur online
➔ www.difu.de/11824

Monitor Nachhaltige Kommune

Bericht 2017. Schwerpunkt Digitalisierung
Von Jasmin Honold u.a., i.A. der Bertelsmann Stiftung
2018, 110 S., nur online,
➔ www.difu.de/11744

Klimaschutz & ländlicher Raum

Ideen und Impulse für erfolgreichen Klimaschutz in ländlichen Kommunen
Difu (Hrsg.), Bearb. Marco Peters
2018, 88 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11837

OB-Barometer 2018

Difu (Hrsg.), 2018, 4 S., nur online
➔ www.difu.de/11757

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl. (Ordner mit Loseblattsammlung)
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2018, 454 S., kostenlos
ISBN 978-3-88118-585-1
➔ www.difu.de/11742

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Abfallwirtschaft

Leitfaden
Von Maic Verbücheln, Josefine Pichl, Susanne Dähler, Hrsg. Umweltbundesamt
2017, 60 S., nur online
➔ www.difu.de/11607

Bodenpolitische Agenda 2020–2030

Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen
Von A. Bunzel, M. zur Nedden, R. Pätzold, J. Aring, D. Coulmas, F. Rohland
2017, 38 S. (Langfassung), 6 S. (Eckpunktepapier), nur online
➔ www.difu.de/11558

Geflüchtete in der Sozialen Stadt

Potenziale der Weiterentwicklung des Quartiersansatzes Soziale Stadt im Kontext der Fluchtmigration
Von Thomas Franke u.a., Hrsg. Difu
2017, 54 S., nur online
➔ www.difu.de/11395

Kommunales Transformationsmanagement für die lokale Wärmewende

Leitfaden
Von Robert Riechel u.a.
2017, 98 S., vierfarbig, kostenlos
➔ www.difu.de/11268

Zeitschrift

Die osmanische Stadt

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2018, ca. 150 S., in Vorbereitung
Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

Reich und Arm – Ungleichheit in Städten

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2017, 184 S.
Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

★ Dokumentationen

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Dorothee Hanke (Bearb.), 2/2017, 142 S.,
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/11743

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2017, 167 S.,
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/11701



Foto: Doris Reichel

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Dies sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit seinen Partnern sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch durch umfangreiche Serviceleistungen:

Persönliche Beratung

Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder aus Zuwanderstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Experten zu erörtern.

➔ www.difu.de/6760

Fortbildung

Ob vor Ort oder im Institut in Berlin, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwanderschaft doppelt: Neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Regelmäßige Treffen werden vom Difu – teilweise exklusiv für Zuwander – angeboten.

➔ www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis zu Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in den Difu-Datenbanken kommDEMOS und ORLIS sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Das Difu-Extranet stellt vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen, Videos sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen.

➔ www.difu.de/43

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander viele Publikationen auch als PDF oder eBook an, teilweise exklusiv und grundsätzlich kostenfrei. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/10829

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/6207



Sybille Wenke-Thiem
Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

**Dipl.-Pol.
Patrick Diekelmann**
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekemann@difu.de

**Susanne Plagemann,
M.A.**
Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

**Dipl.-Geogr.
Luise Adrian**
Fortbildung
+49 30 39001-149
adrian@difu.de

Impressum

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)
unter Mitarbeit von Lu Antonia Bose,
Luisa Sophie Müller und Cornelia Schmidt

Gestaltungskonzept

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout

Elke Postler

Fotos

S.18: Busso Grabow

Fotos ohne Autorenangabe: www.pixabay.com.

Ganz herzlichen Dank an alle Fotografen sowie

an die Plattform pixabay für die kostenfreie

Bereitstellung des Bildmaterials!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 44/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 2.7.2018

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund
des geringen Platzes verzichten wir darauf,
männliche *und* weibliche Schreibformen zu
verwenden. Sämtliche Personenbezeichnungen
gelten gleichwohl für alle Geschlechter.

Druck

H. HEENEMANN GmbH & Co. KG, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier
ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Weiterverbreitung

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF bitte
an die Difu-Pressestelle.

Kostenfreie Angebote des Difu

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum Down-
load auf der Difu-Homepage zur Verfügung.
Andere können als Printexemplare oder eBooks
käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Difu-Magazin Berichte

Vierteljährlich informieren die Berichte u.a. über
Forschungsergebnisse, neue Publikationen, neue
Projekte, Veranstaltungen – in Printform und online.

➔ www.difu.de/publikationen/difu-berichte

Öffentliche Veranstaltungen

Im Wintersemester findet monatlich die gebühren-
freie Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft
der Städte“ statt, die sich zu jedem Termin mit
einem aktuellen Thema zur „Zukunft der Städte“
befasst.

➔ www.difu.de/veranstaltungen

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Monatlich informiert der kostenfreie E-Mail-Dienst
„Difu-News“ über interessante neue Angebote auf
der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Presseverteiler

Die Medieninfos informieren über medienrelevante
Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/6674

Facebook

Über Facebook postet das Difu nahezu täglich
„teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut –
please follow us!

➔ www.facebook.com/difu.de

Ich interessiere mich für die Difu-Zuwenderschaft
für Städte und Verbände. Bitte schicken Sie mir
dazu nähere Infos an:

Name

Stadt/Verband

Straße

Land, PLZ, Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-208, Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

Veranstaltungsvorschau

Kommunale Wärmeplanung – Potenziale, Herausforderungen, Perspektiven

Seminar
10.–11.9.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11873

Baukultur! Instrumente und Strategien zur Qualitätssicherung und Stadtbildpflege

Seminar
13.–14.9.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11875

Stadt(teil)entwicklung und Gemeinwesenarbeit

Seminar
24.–25.9.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11877

Klimaschutz- & Sanierungsmanagement

Fachaustausch in Kooperation mit dem Bundesministerium für Umwelt, Natur und nukleare Sicherheit
25.–26.9.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11918

Verlässliche Kooperation und interdisziplinäre Fallverständigung mit der Schule

Dialogforum Kinder- und Jugendhilfe
27.–28.9.2018 in Berlin
➔ www.bit.ly/2HXoQvi

Ganztagschulen im Spannungsfeld zwischen Quantität und Qualität

Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST)
8.–9.10.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11879

ÖPNV-Offensive in Stadt und Umland – Kurz-, Mittel- und Langfriststrategien

Seminar
11.–12.10.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11881

Faktor Grün in der Stadt – Wertschöpfung, Kosten und Finanzierung

Seminar in Kooperation mit der Stadt Essen
11.–12.10.2018 in Essen
➔ www.difu.de/11883

Handel und Stadt – neue Wege und Konzepte!?

Seminar
15.–16.10.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11885

Frühwarnsysteme für mehr Sicherheit – präventiv handeln mit Daten & Szenarien

Seminar in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS)
18.–19.10.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11887

Auswirkungen des Koalitionsvertrages auf Kinder- und Jugendhilfe, Inklusion und Teilhabe

Dialogforum Kinder- und Jugendhilfe
22.–23.10.2018 in Berlin
➔ www.bit.ly/2ruyu1A

Klimaschutz fördert ländliche Entwicklung! Gute Ansätze für das Klimaschutzmanagement

Fachaustausch in Kooperation mit der Stadt Fulda
26.10.2018 in Fulda
➔ www.difu.de/12010

Der letzte Grund – Baustellen einer aktiven kommunalen Liegenschaftspolitik

Seminar
5.–6.11.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11889

Strategisches Wissen in der kommunalen Verkehrsplanung

Führungskräfte-seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST)
5.–6.11.2018 in Köln
➔ www.difu.de/11891

Kommunale Sportpolitik – aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze

Seminar in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST)
12.–13.11.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11893

Luftreinhaltung in Kommunen – Handlungsdruck und Handlungsoptionen

Seminar
15.11.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11895

Das europäische Beihilferecht – von Kommunen für Kommunen

Seminar in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund
19.11.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11897

12. Fahrradkommunalkonferenz

Radverkehr in der Stadt-Umland-Beziehung
19.–20.11.2018 in Osnabrück
➔ www.difu.de/11975

Gemeinsam mit den Bürger/innen! Qualität und Transparenz bei Bürgerbeteiligung

Seminar in Kooperation mit der Stadt Wolfsburg
22.–23.11.2018 in Wolfsburg
➔ www.difu.de/11899

27. Forum deutscher Wirtschaftsförderer Kongress

22.–23.11.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11637



Fachkräftegewinnung und Personalentwicklung

Dialogforum Kinder- und Jugendhilfe
26.–27.11.2018 in Berlin
➔ www.bit.ly/2FTXSTC

Nachhaltige Gewerbegebiete – Ressourceneffizienz und Nutzungsmischung

Seminar
29.11.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11901

Kommunale Klimakonferenz

6.–7.12.2018 in Berlin
➔ www.difu.de/11807

Inklusion und Teilhabe in der Kommune: Gleiche Qualität für alle – welche Qualitätsmerkmale braucht es dafür?

Dialogforum Kinder- und Jugendhilfe
12.–13.12.2018 in Berlin
➔ www.bit.ly/2K1FiLM

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell im Difu-Internet:

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Fortbildungssekretariat:

+49 30 39001-258/-243/-148
fortbildung@difu.de

Jahrestreffen der Difu-Zuwender mit Leitthemen Sicherheit und Wohnen

Das Jahrestreffen der Difu-Zuwenderstädte und -verbände fand am 4. und 5. Juni in Berlin statt. Difu-Kontaktpartner aus dem gesamten Bundesgebiet folgten der Einladung zu der zweitägigen Fortbildungs- und Erfahrungsaustausch-Veranstaltung.



Foto: Sybille Wenke-Thiem



Exkursion 2018: Führung durch das Berliner Futurium beim Jahrestreffen der Difu-Zuwender.

Mit den Leitthemen des Treffens „Sicherheit in der Stadt“ und „Wohnungsversorgung/Bodenpolitik“ bot das Difu sicherlich Themen an, die viele Städte beschäftigen. Nach der Begrüßung und Einführung durch Ex-Institutsleiter Prof. Martin zur Nedden und dem stellvertretenden wissenschaftlichen Institutsleiter Prof. Dr. Arno Bunzel ging es zunächst auf den „Marktplatz“ ausgewählter Difu-Projekte. Eine Posterausstellung animierte die Teilnehmenden zu reger Diskussion über folgende aktuelle, kommunalrelevante Themen:

- Wer wird in der Stadt der Zukunft wohnen?
- Leitlinien der Bürgerbeteiligung
- Transformation stadttechnischer Infrastruktur
- Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung
- Infrastrukturen und Daseinsvorsorge
- Stadt zum Teilen
- Parkraummanagement
- Lebenswerte, umweltgerechte grüne Städte
- Gemeinschaftsaufgabe Überflutungsvorsorge

„Stadt (voraus)denken – die Zukunft hat schon begonnen“ lautete der nachfolgende Impulsvortrag von Difu-Wissenschaftler Dr. Jens Libbe, der einen fundierten Einstieg in die nachfolgende Diskussionsrunde mit Sichtweisen aus Wissenschaft und Praxis bot. Auf dem Podium, moderiert von Prof. Dr. Arno Bunzel, waren vertreten:

- Babette Köhler, Stadt Freiburg
- Thomas Kramer, Stadt Cottbus
- Dr. Jens Libbe, Difu
- Elke Plate, Senat Berlin
- Sven Sander, Regionalverband Ruhr

Der Abendempfang fand auch in diesem Jahr im Museum für Kommunikation Berlin/Kaffeehaus

statt. Der Berliner Staatssekretär Torsten Akmann, Senatsverwaltung für Inneres und Sport, ging in seiner Ansprache besonders auf das Thema Sicherheit in Berlin ein. Der Input bot damit einen hervorragenden Einstieg für die weiteren Gespräche und den Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmenden, die auch beim anschließenden fakultativen „Lokaltermin“ im Teehaus im Englischen Garten angeregt fortgesetzt wurden.

Das Programm des zweiten Tages wurde durch einen Impulsvortrag von Difu-Wissenschaftler Jan Abt eingeleitet, wobei es in seinem Vortrag vor allem um „Sicherheit im öffentlichen Raum“ ging. Die vier anschließend vom Difu moderierten Workshops waren denn auch zum großen Teil diesem Thema zuzuordnen:

- Wohnungsversorgung/Bodenpolitik
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Sozial- und verkehrssichere Straßenräume planen
- Klimarisiken in Kommunen

Bevor die Teilnehmenden schließlich zur traditionellen Exkursion aufbrachen, gab eine Feedbackrunde die Gelegenheit, Wünsche für künftige Treffen, aber auch zur Auswahl von Forschungs- und Fortbildungsthemen zu äußern.

Ziel der diesjährigen Exkursion war das 2019 öffnende „Futurium“. Den Einstieg in die Vorabbesichtigung bildete der spannende Input der kaufmännischen Geschäftsführerin Nicole Schneider. Sie ging neben grundsätzlichen Informationen über das Futurium besonders auf weitere Nutzungsmöglichkeiten und den Mehrwert, den das Science Center langfristig für Berlin bieten kann, ein. Der auch durch Futurium-Wissenschaftlerin Dr. Rosalina Babourkova erläuterte Rundgang eignete sich hervorragend, das zuvor Gehörte an praktischen Beispielen zu erleben – und das Jahrestreffen 2018 inspirierend ausklingen zu lassen.

Die Präsentationen, weiteres Informationsmaterial sowie Impressionen des Treffens stehen in der virtuellen Tagungsmappe im Difu-Extranet exklusiv für Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände zur Verfügung.



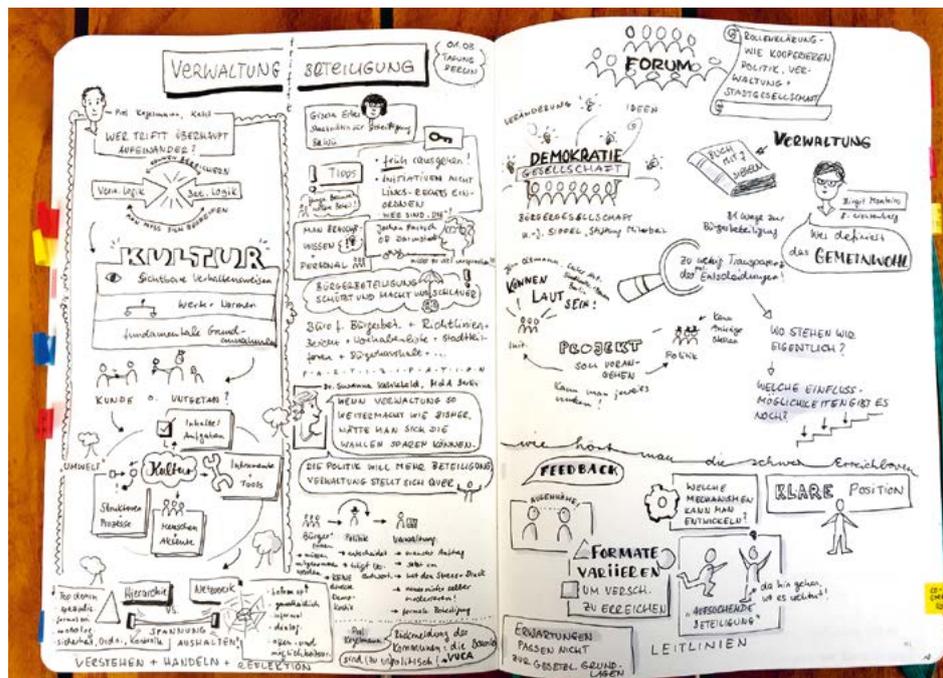
www.difu.de/11746



Sybille Wenke-Thiem
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Innovation in der Verwaltung durch Beteiligung und Transparenz

Wie Innovationen in Kommunalverwaltungen gelingen, die an einer Kultur der Beteiligung und Transparenz orientiert sind, dieser Frage widmete sich das Difu in der Fachtagung „Verwaltung trifft Beteiligung“ gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung und BiwAK e.V.



Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Graphic Recording, Svenja Mix

Wie gelingen Innovationen in Kommunalverwaltungen, Ämtern und Fachabteilungen, die an einer Kultur der Beteiligung und Transparenz orientiert sind? Und wie stellt sich öffentliche Verwaltung dem kulturellen Wandel? Viele Kommunen und auch einige Bundesländer haben sich auf den Weg gemacht, die Kooperation zwischen Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik zu verbessern, das Vertrauen in das Verwaltungshandeln zu stärken, um so bessere Lösungen zu entwickeln. Dies ist nicht selbstverständlich. Gefragt ist eine politische Kultur, die sich Krisen und Konflikte stellt und sie innovativ löst. Nicht zuletzt der digitale Wandel beeinflusst hier Anforderungen und Möglichkeiten. Kurz gefasst: Verwaltung ist herausgefordert – Veränderungen sind gefragt. Der Weg dahin beinhaltet viele Verunsicherungen. Dieser Problematik widmete sich eine Fachtagung, die das Difu auf Initiative und in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung sowie dem Bildungswerk für alternative Kommunalpolitik am 1. und 2. März in Berlin durchführte. Diskutiert wurden Konflikte, Lösungswege und gute Praxisbeispiele, nicht zuletzt mit Blick auf Erfordernisse und Bedarfe einer passenden Aus- und Weiterbildung.

Rund 200 Teilnehmende aus Kommunalpolitik, Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft tauschten

Erfahrungen aus und zeigten Möglichkeiten und Wege für einen Perspektivwechsel auf. Dies war nicht selbstverständlich, denn wie Prof. Jürgen Kegelmann von der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl in seinem Einführungsvortrag hervorhob, stoßen beim Zusammentreffen von Verwaltung und Bürgerbeteiligung „zwei Welten“ aufeinander, die von gegensätzlichen Kulturen geprägt sind. In der abschließenden Podiumsdiskussion, die von Dr. Bettina Reimann, Difu, moderiert wurde, positionierten sich Eva Jähningen, Bürgermeisterin für Umwelt und Kommunalwirtschaft, Dresden, Stefan Tidow, Staatssekretär für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin, und Prof. Birgit Menzel, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Hamburg, unterschiedlich zur Frage, ob bestehende Strukturen der öffentlichen Verwaltung im Widerspruch zu Innovation und Veränderung stehen. Einig waren sich die Diskutierenden darin, dass es wichtig ist, innerhalb der Verwaltung Risikobereitschaft und -kompetenz zu schulen und eine Fehlerkultur zu pflegen. Beides sind Herausforderungen, die von Verwaltungsspitze und Führungskräften vorzuleben sind, wie Prof. Dr. Gerd Gigerenzer vom Max-Planck-Institut auf der Tagung in seinem Vortrag hervorhob. Die Tagungsdokumentation steht online zur Verfügung.



www.difu.de/11658
www.bit.ly/2KGftFz



Dr. Stephanie Bock
 +49 30 39001-189
 bock@difu.de

Dr. Bettina Reimann
 +49 30 39001-191
 reimann@difu.de

Diskussion über die Bodenpolitische Agenda 2020-2030 in Berlin

Die Fachcommunity ist sich einig: Kommunen, Länder und Bund müssen die Weichen für eine bessere Bodenpolitik stellen, um die soziale Wohnraumversorgung und eine den künftigen Herausforderungen gerecht werdende Stadtentwicklung zu ermöglichen.

Nicht die Finanzen, auch nicht die Fachkräfte, der Boden ist die knappste Ressource der nächsten Dekaden. Mit dieser Feststellung traf der Nürnberger Oberbürgermeister und Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Dr. Ulrich Maly, den Nerv der versammelten Fachcommunity bei einer Diskussionsveranstaltung am 13. Juni 2018. Eingeladen hatten das Difu und der vhw, um die von beiden Institutionen vorgelegte Bodenpolitische Agenda 2020-2030 mit Fachkreisen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Nach einer Einführung von Prof. Dr. Jürgen Aring wurde das Thema Bodenpolitik aus unterschiedlichen Perspektiven reflektiert. Einigkeit bestand darin, die notwendige Neufassung der Grundsteuer dazu zu nutzen, die bisherige Grundsteuer B durch eine Bodenwertsteuer zu ersetzen. Diese sei gerechter als die bisherige Grundsteuer und könnte mit vergleichsweise geringem Aufwand umgesetzt werden. Zudem könnten Fehlanreize zum „Liegenlassen“ baureifer Grundstücke beseitigt werden. Bei Abstellen auf die ohnehin zu erhebenden Bodenrichtwerte, würde eine viele Jahre in Anspruch nehmende umfassende Neubewertung aller Immobilien überflüssig, führten Dr. Claus Michelsen und Prof. Dr. Dirk Löhner aus. Auch eine Verbesserung des Städtebaurechts sei erforderlich. Dies betreffe – wie in der Bodenpolitischen Agenda aufgezeigt – das Vorkaufsrecht, die „Innenentwicklungsmaßnahme“ und die Berücksichtigung wichtiger Gemeinwohlbelange bei Vorhaben in Baulücken. Das in Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz mit Verfassungsrang ausgestattete Prinzip, dass Eigentum nicht nur ein Recht begründet, sondern auch verpflichtet und sein Gebrauch zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll, müsse – so Dr. Diana Coulmas – wieder besser zur Geltung gebracht werden. Hierzu sei es unerlässlich, die Kommunen auch mit geeigneten hoheitlichen Instrumenten auszustatten. Allein die Möglichkeit hoheitlicher Durchsetzung reiche in vielen Fällen, die Gemeinwohlpflichtigkeit des Grundeigentums bei den Immobilienbesitzern in Erinnerung zu rufen.

Thema der zweiten Diskussionsrunde waren Implikationen des Wohnungsbaus. Dr. Thomas Welter und Peter Stubbe verwiesen darauf, dass es nicht allein um Quantitäten gehen dürfe. Der



Foto: Wolf-Christian Strauß

Blick müsse vielmehr auch auf die Schaffung nachhaltiger Qualität gerichtet werden, mit der auch künftige Generationen leben. Lukas Siebenkotten verwies auf das spürbar größer werdende gesellschaftliche Konfliktpotenzial, dass durch die aktuellen Entwicklungen auf den Immobilienmärkten und bei den Mieten ausgelöst werde. Die Demonstrationen in Berlin seien nur ein erstes Indiz für die drohende Sprengkraft dieser Entwicklung. In der dritten Runde unterstrichen Dr. Ulrich Maly, Dr. Jochen Lang und Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden die Handlungsnotwendigkeiten. Die Kommunen müssen Ihre Hausaufgaben machen. Dies erfordere ein Umstellen der in vielen Städten in den vergangenen beiden Dekaden vorrangig fiskalpolitisch ausgerichteten Verwendung eigener Liegenschaften. Kommunalen Grundbesitz müsse an erster Stelle für die Umsetzung der gemeinwohlbezogenen Ziele wie etwa für den sozialen Wohnungsbau, für die öffentliche Infrastruktur sowie für Klimaschutz und Klimaanpassung genutzt werden. Dies gelte – so Martin zur Nedden – auch für die nicht wachsenden Städte und Regionen. Gefordert seien dabei auch Bund und Länder, die ihr eigenes Grundvermögen ebenfalls in den Dienst einer nachhaltigen Entwicklung der Städte und Gemeinden stellen müssen. Zudem müssten Kommunen mit Haushaltsproblemen bei einer aktiven Bodenpolitik unterstützt werden. Im Ausblick verwies Prof. Dr. Arno Bunzel auf die große Übereinstimmung innerhalb der Fachkreise bei der Beurteilung der Handlungserfordernisse. Es sei an der Zeit, auch Politik und breite Öffentlichkeit mitzunehmen. Das komplexe Thema brauche verständliche Bilder. Die Argumente müssten plakativer werden, es gehe auch darum, das Netzwerk weiter auszubauen.



www.difu.de/11911
www.difu.de/11558



Prof. Dr. Arno Bunzel
 +49 30 39001-238
 bunzel@difu.de

U6 Klinikum Großhadern
U3 Fürstenried West

Marienhof

zur Oberfläche
to ground level

Tram



Stadtentwicklung und Integration: Ticken kleine Städte anders?

Zum Abschluss des Forschung-Praxis-Projekts „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – Sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ wurden auf einer Fachtagung in Berlin die Ergebnisse vorgestellt.

Wie verändert Vielfalt die Innenstädte? Wie lassen sich gesellschaftliche Teilhabe und sozialer Zusammenhalt in der Migrationsgesellschaft fördern? Welche Beiträge leisten integrierte Konzepte zur Stärkung der Innenstädte? Welche neuen Raumangebote sind erforderlich? Wie beeinflusst die zunehmende Vielfalt die städtische Identität? Diese für die Stadtentwicklungs- und Integrationspolitik der Kommunen zentralen Fragen waren es, die rund 130 Personen aus Forschung und Praxis bei der Abschluss-tagung in Vorträgen, Gesprächsrunden und Panels aufgriffen und gemeinsam mit den Projektbeteiligten diskutierten.



Foto: Wolf-Christian Strauss



Innenstadt von Ilmenau.

Prof. Martin zur Nedden, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Difu würdigte zur Begrüßung die Leistungen kleinerer Städte. „Die an dem Projekt beteiligten Kommunen haben sich ausgesprochen engagiert den Herausforderungen von Zuwanderung und Integration gestellt. Das Difu nimmt dies zum Anlass und als Impuls, kleinere Städte noch stärker als bislang darin zu unterstützen, die Daueraufgabe Integration in den kommunalen Alltag zu überführen“. Dr. Bettina Reimann, Leiterin des Forschungsprojekts, stellte zentrale Projektergebnisse vor und hob hervor, wie wichtig der Erfahrungsaustausch zwischen den Projektkommunen für die jeweils eigene Positionierung im Themenfeld war. Im Ergebnis gestaltete sich das Projekt für die kommunale Praxis und die Forschung als Lernprozess. So haben sich Ausgangsthesen und -fragenstellungen weiterentwickelt. Festgestellt wurde zudem, dass

die Zuwanderung von Geflüchteten vielerorts als Katalysator für das Thema Integration wirkte.

Die Einbettung in wissenschaftliche Fachdiskurse und den Anstoß für weitergehende Diskussionen lieferte die Forschung: Prof. Dr. Andreas Pott vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück sprach mit Blick auf den Zuwachs von Kindern mit Migrationshintergrund von einer „demografischen Revolution“. Er stellte zudem fest, dass sich die mit Integration verbundenen Anforderungen in der Regel – negativ – auf „die anderen“ bezögen. Statt einer zweigeteilten Gegenüberstellung zwischen „Wir“ und „Ihr“ plädierte er dafür, diskursive Zugehörigkeiten herzustellen. Den Kommunen käme die wichtige Aufgabe zu, Integrationsprozesse zu moderieren. Prof. Dr. Roland Roth von der Hochschule Magdeburg-Stendal hob hervor: „Über Vielfalt redet die deutsche Einfalt“. Einen Ausweg aus homogenen Denk- und Handlungsmustern sah er in der Förderung von Begegnungen durch niedrigschwellige und kommunikative Formate. Prof. Dr. Erol Yildiz vom Institut für Erziehungswissenschaft der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck hob hervor, dass in Deutschland mittlerweile jeder Fünfte ausländische Wurzeln habe. Menschen seien nicht auf einen Ort und eine Kultur festzulegen, sie könnten als „mehrheimisch“ bezeichnet werden, was beim Umgang mit Fragen zu Integration und „Vielheit“ viel zu wenig beachtet werde.

Im Rahmen der Tagung wurde auch das Positionspapier „Integration in Bewegung bringen – Die Handlungsfähigkeit von Klein- und Mittelstädten stärken“ veröffentlicht. Das Positionspapier, das online verfügbar ist, bildet die Quintessenz aus drei Jahren Forschung und Praxis ab. Mit ausgewählten und zugespitzten Schlaglichtern auf das Thema Integration in Klein- und Mittelstädten lädt das Projektteam die Fachöffentlichkeit ausdrücklich zur Diskussion ein. Geschöpft wurde aus dem Wissensfundus des Projekts. Dabei werden zum einen gute Voraussetzungen, Potenziale und Hemmnisse aufgezeigt. Zum anderen werden Perspektiven für den künftigen Umgang mit dem Thema entwickelt und dafür erforderliche Weichenstellungen identifiziert.



www.bit.ly/2m1ZMtD



Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

**Dipl.-Soz.
Gudrun Kirchhoff**
+49 30 39001-192
kirchhoff@difu.de

Perspektivplanung in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen

Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe aus ganz Deutschland diskutierten über Wohnkonzepte, Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Versorgung, Desintegrationstendenzen und weitere wichtige Themen im Zusammenhang mit der Arbeit mit jungen Flüchtlingen.

Junge Flüchtlinge sind seit spätestens 2015 eine fest mit der Kinder- und Jugendhilfe verknüpfte Zielgruppe. Daher trafen sich am 8. und 9. März 135 Fachkräfte zu einer gemeinsamen Veranstaltung des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis“ am Difu sowie des Bundesverbands für Erziehungshilfe – AFET.



Drei Jahre „nach dem Ankommen“ ging es um die Perspektivplanung in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen und Hilfen zur Verselbstständigung, so auch der Titel der Veranstaltung. Nach der Eröffnung durch Prof. Martin zur Nedden, dem wissenschaftlichen Direktor und Geschäftsführer des Difu, gab Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Leiterin des Referats Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einen guten Überblick über die aktuelle Situation von Flüchtlingen in Deutschland. Sie bot einen Ausblick auf die zukünftigen Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe und verwies vor allem auf die Tatsache, dass inzwischen mehr junge Volljährige als Minderjährige von der Kinder- und Jugendhilfe betreut werden. Eine Studie des Bundesverbands katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen (BVkE) sei zu dem Ergebnis gekommen, dass gerade Hilfen für junge volljährige Flüchtlinge sehr effektiv und erfolgreich sind.

Im Anschluss wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion der Fokus auf den Ist-Stand und die Perspektiven der kommunalen Integration junger Geflüchteter in der Praxis gelegt. Es stellte sich heraus, dass sich die Hilfen für junge Volljährige/Hilfen zur Verselbstständigung von Kommune zu Kommune sehr unterscheiden. Bereits vorhandene

rechtliche Mittel müssten an jedem Ort bestmöglich und im Sinne der jungen Menschen und der Gesellschaft genutzt werden. Als fachliche, infrastrukturelle und personelle Aufgaben und Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe wurden darüber hinaus festgehalten, dass eine bessere Kooperation mit den Ausländerbehörden sowie eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern bei Familienzusammenführungen nötig sei. Schließlich wurden noch zwei Zielgruppen genannt, die künftig verstärkt in den Blick der Jugendhilfe genommen werden sollten: die begleiteten Kinder und Jugendlichen und die jungen Menschen, die erst mit 18 nach Deutschland kommen. Auch hier gebe es großen Unterstützungsbedarf.

In Arbeitsgruppen wurden an beiden Tagen viele Fragen, Themen und Aspekte diskutiert:

- Institutionelle und ehrenamtliche Begleitung von jungen Flüchtlingen im Alltag
- Wohnkonzepte + betreute Wohnformen
- Der berufliche Einstieg nach der Schule und wie er begleitet werden kann
- Die psychosoziale Versorgung junger Flüchtlinge
- Die Rolle der Eltern und der erweiterten Familie, Sozialisation, Familienzusammenführung und -nachzug
- Der Spagat zwischen Pädagogik und Ausländerrecht
- Die Strategien zur Vermeidung von Desintegrationstendenzen
- Der Strukturelle Wandel der Kinder- und Jugendhilfe (u.a. Spezialdienste, Rückbau Infrastruktur und Personal, Fortbildungsbedarf der Fachkräfte).

Für alle beteiligten Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe stand fest: Die Perspektive von (jungen) Flüchtlingen darf nicht vom Aufenthaltsstatus und -titel abhängig sein. Und: Auch über 18-Jährige brauchen Hilfen und eine Perspektive.

Eine Dokumentation der Veranstaltung erscheint im 3. Quartal 2018.



www.bit.ly/2M1lhXk



Jessica Schneider
M.Sc.PH
+49 30 39001-140
jschneider@difu.de

Stärkung des ÖPNV als Beitrag zur Luftreinhaltung und zum Klimaschutz

Was einen attraktiven ÖPNV ausmacht, diskutierten bei einem öffentlichen Fachgespräch rund 100 Teilnehmende aus Kommunen, Verkehrsbetrieben und Politik am 29. Mai in Berlin. Eingeladen hatten Bundesumweltministerium, Umweltbundesamt und Difu.

Im Mittelpunkt des Fachgesprächs standen die Themen Tarif- und Angebotsgestaltung sowie Elektrifizierung von Busflotten. Der ÖPNV-Tarif muss einfach und verständlich sein, zudem auch preislich wettbewerbsfähig. Kritisch wurde daher gesehen, Kostensteigerungen auch künftig über höhere Fahrpreise abzufangen. Allerdings stieß auch ein generell fahrscheinfreier ÖPNV auf Skepsis. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang, dass zur Finanzierung neben den Fahrgeldern und dem Steueraufkommen eine dritte Säule notwendig ist. Im Fokus steht dabei der Nutzen des ÖPNV für Dritte – z.B. Arbeitgeber, Handel, Grundstücks- und Immobilienbesitzer – der über eine neue Abgabe abgeschöpft werden und so den ÖPNV mitfinanzieren könnte. Den Rechtsrahmen für eine Nahverkehrsabgabe zu schaffen, die den kommunalen Aufgabenträgern zusätzliche Handlungsspielräume für die Finanzierung eröffnen soll, wäre Aufgabe der Länder. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch eine City-Maut, orientiert beispielsweise an Norwegen, wo in Bergen die Stadtbahn über die Mauteinnahmen mitfinanziert wird.

Die Attraktivität des ÖPNV ist nicht allein eine Frage des Tarifs, vor allem geht es um ein gutes Angebot: Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Platzverfügbarkeit, Anschlusssicherung und eine durchgängige Reisekette für Pendelnde. Hinzu kommt die möglichst einfache Erreichbarkeit von Stationen und Haltestellen zu Fuß, da der Zugang von der überwiegenden Zahl der Reisenden derzeit auf diesem Wege erfolgt. Daher sollte auf eine Einbindung in Fußwegenetze und einen barrierefreien Zugang geachtet werden. Ein unkompliziertes Umsteigen an Stationen vom Fahrrad oder (Carsharing-)Auto auf Bus oder Bahn ist zudem insbesondere dann wichtig, wenn (intermodalen) Reiseketten zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Weil der Ausbau der Schiene erfahrungsgemäß lange Zeiträume beansprucht, liegt die schnellere Lösung im Bus: Metrobusse und Expressbusse können attraktive Angebote sein, die beim Einsatz von Buszügen (Solobusse mit Personenanhänger) eine größere Nachfrage bewältigen können. Die Umsetzung eines attraktiven ÖPNV-Angebots benötigt mitunter eine Umverteilung von Flächen

im Straßenraum. Wichtig sind attraktive Angebote im Stadt-Umland-Verkehr. Neben Geld wird hierzu vor allem Kooperationswille benötigt.



Als ein Beitrag zu sauberer Luft und zur Energiewende ist die Einführung von Elektrobussen zu sehen. Ob es möglich sein wird, nur in der Betriebspause nachts zu laden oder ob auch tagsüber Ladungen notwendig sind, wird von der Batterieentwicklung abhängen. Batteriebusse sind gegenwärtig deutlich teurer als Dieselmotoren, aber für die Weiterentwicklung müssen Betriebserfahrungen gesammelt werden. Daher fördert unter anderem das Bundesumweltministerium die Differenzkosten bei der Anschaffung anteilig mit 80 Prozent. Diskutiert wurden darüber hinaus Brennstoffzelle und Oberleitung als weitere Energieversorgungstechnologien für Busse und in diesem Zusammenhang auch eine technologieoffenere Förderung.

Das Fachgespräch diente dazu, Impulse für eine Debatte rund um einen attraktiven ÖPNV zu liefern. Dabei war es einhellige Meinung unter den Diskutierenden, dass öffentlicher Verkehr einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung und zum Klimaschutz leisten kann. Betont wurde jedoch immer wieder, dass dafür eine solide Finanzierung erforderlich ist und Bund, Länder und Kommunen dabei an einem Strang ziehen sollen. Dann, so die gemeinsame Auffassung, können die Potenziale des ÖPNV als umweltfreundliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr noch besser genutzt werden und voll zur Entfaltung kommen.



www.difu.de/11916



Dr. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Neue Bussysteme bieten gute Lösungen für Stadt und Land

Wie und ob sich der Bus vom Aschenputtel zur Königin des ÖPNV entwickelt, war Thema eines Difu-Seminars am 17. und 18. Mai in Berlin. Neue Bussysteme sind als ÖPNV-Systeme für die Zukunft interessant, es müssen jedoch noch viele Erfahrungen gesammelt werden.

Der Bus ist das wichtigste Verkehrsmittel des ÖPNV in Deutschland. Seine ausgesprochen vielfältigen Entwicklungsoptionen gaben den Anlass, in einem thematisch breit angelegten Seminar die Gegenwart und Zukunft dieses Verkehrsmittels zu beleuchten. Im Seminar wurden gute Konzepte für den ÖPNV in Stadt und Land vorgestellt. In Bad Belzig und Ellwangen wurde der Stadtbusverkehr neu strukturiert bzw. erstmals eingeführt. Besonderheit in Ellwangen: Der Bus verfügt auf einzelnen Streckenabschnitten nicht über feste Haltestellen und hält auf Zuruf. Im Städtedreieck Potsdam, Brandenburg und Bad Belzig wurde mit dem PlusBus ein Qualitätssprung beim Angebot erreicht. Der Fahrgastzuwachs im Berufs- und Freizeitverkehr zeigt, dass das Angebot auch für Nutzergruppen jenseits des Schülerverkehrs attraktiv ist. In Mönchengladbach wird als Reaktion auf hohe Nachfrage und geänderte Verkehrsbedürfnisse eine Liniennetzreform umgesetzt, durch die u.a. das radial ausgerichtete Angebot durch tangentialer Netzergänzungen erweitert wird.

Im Seminar wurde nach typisch hemmenden und unterstützenden Faktoren gefragt: In Mönchengladbach ist z.B. durch gute Kommunikation gelungen, die Kommunalpolitik für das Thema ÖPNV zu sensibilisieren. Wenn neue ÖPNV-Konzepte umgesetzt werden sollen, müssen sich Verantwortliche in der Verwaltung darauf einstellen, dass Anstrengungen und Beharrlichkeit notwendig sind. ÖPNV-Projekte sind kein Selbstläufer. Aber die Bedeutung des ÖPNV als Bleibefaktor im ländlichen Raum wird zunehmend erkannt. In Städten gibt die Diskussion um Luftqualität dem ÖPNV als kommunalpolitisches Thema Auftrieb.

Parallel zur Frage, was attraktive Bus-Angebote sind und wie sie umgesetzt werden können, sind eine Reihe technischer Entwicklungen zu beobachten, die künftig neue Handlungsspielräume eröffnen: die elektrische Antriebstechnik, autonom bzw. automatisiert fahrende Fahrzeuge sowie Innovationen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik, die flexible Angebote attraktiver machen können. Digitalisierung und Elektrifizierung bieten Chancen für neue Angebote und zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit. Erste Praxistests starten für neue On-demand-Verkehre – in Berlin wird es der

BVG-BerlKönig sein. Welche Wirkungen diese Angebote haben, wird die Zukunft zeigen. Ihre Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz ist herausfordernd, aber nicht unmöglich.

Wenn gegenwärtig oft von autonom fahrenden Bussen die Rede ist, so handelt es sich tatsächlich um automatisiert fahrende Busse, die ihre Route gelernt haben, so dass sie die programmierte Strecke selbstständig bewältigen können. Die Entwicklung solcher Konzepte wird gegenwärtig im In- und Ausland stark vorangetrieben, so dass in den nächsten Jahren mit einem regulären Einsatz gerechnet werden kann. Für den ÖPNV ist diese Entwicklung interessant, weil sich neue Möglichkeiten für die Einrichtung (kurzer) Zubringerlinien ergeben, beispielsweise zur Erschließung eines Stadtzentrums. Als personalbediente Angebote wären sie nicht wirtschaftlich. Bis Busse tatsächlich autonom fahren, ist noch ein längerer Entwicklungsweg zurückzulegen.

Bei der elektrischen Antriebstechnik gilt, dass noch vieles im Fluss ist. Beispielsweise weiß man noch nicht, wie lange Batterien in Bussen tatsächlich eingesetzt werden können, bis ihre Leistungsfähigkeit nicht mehr ausreicht. Die Bestimmung eines optimalen Verhältnisses von Batteriekapazität einerseits, und Ladestrategie andererseits erfordert noch deutlich mehr Praxiserfahrung, die in nächsten Jahren gesammelt werden muss.

Die im Seminar diskutierten Fragen und Themen sind alle von hoher Relevanz für die Arbeit in den Kommunen und werden daher in künftigen Difu-Seminaren erneut aufgegriffen.



Foto: Jürgen Gies



www.difu.de/11493



Dr. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Nachhaltige Mobilität in Bundesbehörden fördern

Das Difu untersuchte Potenziale für eine umweltschonendere Mobilität der Bundesbehörden. Fachleute von Bundesministerien und nachgeordneten -verwaltungen diskutierten die Bereiche „Fuhrparkmanagement“, „Dienstreisen“ sowie „Beschäftigtenmobilität“.

Um die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen, spielt der Verkehr eine wichtige Rolle. Die Bundesverwaltung soll auch in diesem Bereich eine Vorbildrolle wahrnehmen. Im Maßnahmenprogramm der Bundesregierung wurden dazu Maßnahmen in den Handlungsfeldern Fuhrparkmanagement, Dienstreisen, Beschäftigtenmobilität und Mobilität von Besuchenden festgelegt.

Im Rahmen eines durch das Umweltbundesamt geförderten Projekts ging es darum, konkrete Empfehlungen in diesen Handlungsfeldern zu erarbeiten und die Bundesministerien und nachgeordneten Bundesverwaltungen zu motivieren, Maßnahmen eines umfassenden behördlichen Mobilitätsmanagement umzusetzen. Nach einer Online-Befragung von rund 120 Bundesbehörden wurde deutlich, dass ein nachhaltiges Mobilitätsmanagement bisher eher in Ausnahmefällen thematisiert wird.

Daher wurden zunächst drei Workshops im März und April 2018 im Deutschen Institut für Urbanistik durchgeführt, die ein willkommener Auftakt waren, sich über Hemmnisse und mögliche realisierbare Maßnahmen auszutauschen.

Zentrale Ergebnisse:

- Nachhaltiges Mobilitätsmanagement braucht Personal und eine konkrete Zuständigkeit. Bislang ist das Thema in den zentralen Abteilungen an verschiedenen Stellen verortet, beispielsweise in den Bereichen Innerer Dienst, Fuhrparkmanagement oder Reisekostenstelle.

- Konkrete Zielvorgaben sind für die Bundesverwaltung nur bei den Flottengrenzwerten der Fuhrparks vorhanden. Es wären jedoch konkrete Zielwerte für die einzelnen Handlungsfelder, mit Rücksicht auf standortspezifische Rahmenbedingungen, sinnvoll.
- Rechtliche Rahmenbedingungen setzen mitunter immer noch falsche Anreize (Bundesreisekostengesetz, Tarifrecht).
- Parkraumbewirtschaftung ist ein wirkungsvolles Steuerungsinstrument, wird aber in der Bundesverwaltung nicht angewendet.
- Handlungsspielraum haben Behörden bereits jetzt, hinsichtlich ihrer Arbeitszeitregelungen (Reisezeit als Arbeitszeit), einer nachhaltigen Fuhrparkgestaltung oder dem Ausbau von Videokonferenztechnik.
- Gute Anknüpfungspunkte für nachhaltige Mobilitätsmaßnahmen sind auf Landes- und kommunaler Ebene zu finden. Baden-Württemberg verfolgt beispielsweise konsequent die Elektrifizierung des Fuhrparks. In Hessen gibt es seit 2018 für Landesbedienstete ein landesweites „kostenloses“ Jobticket. Mehrere Länder haben zudem Regelungen in ihren Landesreisekostengesetzen, die eine anteilige Kostenerstattung für die Nutzung einer Bahncard100 auf dienstlichen Wegen vorsehen.

Die Diskussionen während der Workshops haben wertvolle Informationen und Erkenntnisse hervorgebracht. Diese werden nun genutzt, um einen Leitfaden für die Behörden zu erstellen. Das Format, das auf einen intensiven und praxisnahen Austausch setzt, hat sich bewährt.



www.bit.ly/2rH4xv3



Thomas Stein, M.A.
+49 30 39001-181
stein@difu.de

Verkehrswende gemeinsam gestalten: Straßen und Plätze neu entdecken

Wie können Kommunen gemeinsam mit Bürgern nachhaltige Mobilität und lebenswerte Städte gestalten? Gute Beispiele, Ideen und Strategien standen im Fokus der jährlichen kommunal mobil-Fachtagung am 7. und 8. Juni im Umweltbundesamt in Dessau.



Foto: Martina Hertel



Umweltbundesamt
in Dessau.

In Zeiten städtischen Wachstums gewinnen Straßen über die reine Verkehrsabwicklung hinaus an Bedeutung. Veränderte Ansprüche an die Nutzung und Flächenverteilung städtischen (Straßen-) Raumes treffen auf konstant steigendes Verkehrswachstum, einhergehend mit hohen Abgas-, Lärm- und CO₂-Emissionen. Diese Konkurrenzen stellen die kommunale Stadt- und Verkehrsplanung vor eine große Herausforderung.

Das im Rahmen der Tagung vorgestellte Beispiel der Stadt Siegen zeigte deutlich, wie Kommunen Umgestaltungsprozesse organisieren und erfolgreich umsetzen können. Die „Siegplatte“ überdeckte für Jahrzehnte den Fluss Sieg. Um die innerstädtische Aufenthaltsqualität zu steigern, wurden die 200 Parkplätze auf der Betonplatte zurückgebaut und der Fluss zur Steigerung der Aufenthaltsqualität wieder freigelegt. Begleitet wurde der Prozess von Informations- und Kunstaktionen, bei denen die Bürger u.a. ein Stück der „Siegplatte“ als Andenken erwerben konnten.

Verkehrswende kann und muss auch durch Impulse der Bürger vorangebracht werden. Auf der Fachtagung wurde dies an Beispielen aus Köln, Berlstedt und Wuppertal deutlich. Mit dem „Tag des guten Lebens“ hat sich in Köln eine jährliche Veranstaltung etabliert, die das Bewusstsein für Nachbarschaft und öffentlichen Raum stärkt. In Berlstedt forderten die Bürger sichere Radwege an den umgebenden Landstraßen ein. Die

Wuppertalbewegung wiederum hat mit viel ehrenamtlichem Engagement und Überzeugungskraft brachliegenden Stadtraum für Naherholung und nachhaltige Mobilität reaktiviert.

Eine gute Möglichkeit für Kommunen mit der Stadtgesellschaft zu den Themen öffentlicher Raum und nachhaltige Mobilität ins Gespräch zu kommen, bietet die Europäische Mobilitätswoche. Die Bandbreite für große oder kleine Aktionen in diesem Rahmen wurde auf der Fachtagung beim „Ideen-Speed-Dating“ deutlich. Bei der deutschen Koordinierungsstelle beim Umweltbundesamt sind zudem weitere Informationen und hilfreiche Tipps für die Organisation und Konzeption der Europäischen Mobilitätswoche verfügbar.

Finanzielle Unterstützung für große Umgestaltungsmaßnahmen aber auch kleinere, quartiersbezogene Aktivitäten werden durch Bund und EU bereitgestellt. Neben der Städtebauförderung werden auch in verschiedenen Förderprogrammen der Klimaschutzinitiative Finanzmittel für den Themenbereich bereitgestellt. Die Diskussionen auf der Fachtagung zeigten, dass Problembewusstsein und Handlungsdruck in den meisten Kommunen sehr ausgeprägt sind. Auch gibt es vielfach bürgerschaftliches Engagement, das als Ressource zum Erreichen kommunaler Ziele hilfreich sein kann. Ein gutes Zusammenspiel zwischen Kommunen und ihren Bürgern bei der Gestaltung öffentlicher Räume und der Verkehrsinfrastruktur ist für die Verkehrswende zentral.



www.difu.de/11779
www.bit.ly/2OcZME3



Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Thomas Stein, M.A.
+49 30 39001-181
stein@difu.de

Wirtschaftsförderung 4.0 ist kein Modethema

Digitalisierung und Nachhaltige Entwicklung sind die Themen, zu denen sich Wirtschaftsförderung neu ausrichten sollte, damit Kommunen von den neuen Entwicklungen profitieren können.

Die kommunale Wirtschaftsförderung steht vor der Herausforderung die ökonomischen Entwicklungstrends, die mit der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verbunden sind, aufzugreifen und Lösungen zur Gestaltung digitaler Themen an der Schnittstelle von Stadt und Wirtschaft zu entwickeln. Mit Blick auf eine zukunftsorientierte Standortentwicklung sollte dabei die Stärkung regionaler Wertschöpfung und kooperativer Wirtschaftsformen ein wichtiger Faktor sein.



Zwei Difu-Seminare zur „Wirtschaftsförderung 4.0“ widmeten sich diesen beiden Themen und verdeutlichten Schnittstellen und Synergien einer integrierten Betrachtung von Digitalisierung und nachhaltiger regionaler Entwicklung. Daran anknüpfend führte das Difu ein Inhouse-Seminar mit Fokus auf die Digitalisierung der Wirtschaftsförderung für die Landeshauptstadt Wiesbaden durch.

Als Veränderungstreiber ist die Digitalisierung ein Megatrend, der Entwicklungen, wie Industrie 4.0, die Hybridisierung, einen individualisierten Massenmarkt und zunehmende Vernetzung u.a. von Wertschöpfungsketten zu Wertschöpfungsnetzen weiter dynamisiert. Nicht nur in Unternehmen, auch in der Verwaltung ist die Digitalisierung bei Weitem noch nicht so weit vorangeschritten wie von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewünscht. Viele Kommunen erarbeiten derzeit „Digitalisierungsstrategien“, die das große Spektrum der Beteiligten und die Vielzahl der Handlungsfelder verdeutlichen. Ein drängender Anlass ist das Online-Zugangs-Gesetz, das den bundesweit einheitlichen Zugang zu digitalen Dienstleistungen aller öffentlichen Verwaltungen schaffen soll. Für die Wirtschaftsförderung bedeutet Digitalisierung ein breites Themenspektrum von der Bereitstellung der Infrastruktur (Breitbandausbau), über die Digitalisierung interner Prozesse (CRM,

Dokumentenmanagement) und Serviceleistungen nach außen (Gewerbeflächeninformationssysteme, Social Media) bis hin zur Förderung der digitalen Wirtschaft und der Unterstützung insbesondere von KMU. Für letzteres werden neue Experimentierräume und Formate der Zusammenarbeit benötigt, wie beispielsweise in Reallaboren (u.a. Bottrop 2018plus) oder digital Hubs, die über die bisherige Technologieberatung (z.B. Innovationsscouts) hinausgehen und Co-Kreationsprozesse für ein innovatives Wirtschaftsklima ermöglichen. Eine weitere, oft davon getrennt behandelte Herausforderung ist das Ziel der nachhaltigen Entwicklung, häufig noch „Nischenthema“, getrieben z.B. von der Gemeinwohlökonomie, Lokalen Agenda-Aktivitäten oder der „Ökobranchen“. Michael Kopatz vom Wuppertal-Institut verbindet mit dem Schlagwort „Wirtschaftsförderung 4.0“ die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und lokaler Wertschöpfung über Vorhaben wie Regionalwährungen, Tauschringe, Energiegenossenschaften oder Repair-Cafés und damit das Potenzial für eine starke, nachhaltige Entwicklung von Wirtschaftsstandorten. Auch die Digitalisierung eröffnet hier neue Möglichkeiten wie z.B. bei der Entwicklung der „Sharing-Ökonomie“.

Wichtige Schlussfolgerungen:

- Digitalisierung in der Wirtschaftsförderung ist kein Selbstzweck, sondern sollte als Gestaltungsmittel verstanden und genutzt werden, um auch die nachhaltige Entwicklung der Stadt als Wirtschaftsstandort zu stärken.
- Die Ausgestaltung der Digitalisierung kann nur so gut werden wie die ihr zugrunde liegenden (analogen) Prozesse und Strukturen. Eine Digitalisierungsstrategie muss mit der Koordination und Optimierung interner Prozesse beginnen.
- Die zunehmende Vernetzung der digitalen Welt muss sich in der analogen durch Kooperation und integriertes Handeln spiegeln. Die Wirtschaftsförderung hat hier eine Schlüsselrolle.
- Für die Wirtschaftsförderung bedeutet der digitale Wandel neben den technologischen Komponenten mehr denn je „People's Business“. Sie muss dafür neue Formate aus der Welt der digitalen und kreativen Wirtschaft nutzen.



www.bit.ly/2KELA8w
www.bit.ly/2IZgTW0
www.bit.ly/2ubsD2t



Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
 +49 30 39001-297
wolf@difu.de

Dipl.-Ing.
 Sandra Wagner-Endres
 +49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Nachbarschaftsprojekte fördern den Klimaschutz im Alltag

Bei einem Fachaustausch in Berlin brachte das Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu die vom Bundesumweltministerium geförderten Initiativen erstmals zusammen.



Foto: Anna Jolk/Difu



Durch den Förderaufruf „Kurze Wege für den Klimaschutz“ des BMU werden nachbarschaftliche Klimaschutzprojekte unterstützt.

Klimaschutz im Alltag zu leben, erscheint mitunter herausfordernd – zu einfach ist es, an gewohnten Verhaltensweisen festzuhalten, zu gering ist das Wissen darüber, was jeder Einzelne im täglichen Leben bewegen kann. Klimaschutzinitiativen im Quartiersumfeld leisten Abhilfe: Mit konkreten Angeboten, die eine energieeffiziente und ressourcenschonende Lebensweise unterstützen, gewinnen sie die Bürger für den Klimaschutz im Alltag und tragen so maßgeblich dazu bei, Treibhausgasemissionen auf kommunaler Ebene zu senken. Im Rahmen des 2016 ins Leben gerufenen Förderaufrufs „Kurze Wege für den Klimaschutz“ des Bundesumweltministeriums (BMU) wird das Engagement der Initiativen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) finanziell unterstützt, um den Klimaschutz auf kommunaler Ebene zu stärken.

Unmittelbare, individuelle und nachhaltige Lösungen – darauf setzen nachbarschaftliche Initiativen vor allem, wenn sie andere zum Klimaschutz bewegen wollen. Der Vorteil ihres oft unbürokratischen Vorgehens: Sie behalten die Lebensrealität von Bürgern im Blick und können so örtliche Gegebenheiten, Entwicklungen und individuelle Bedürfnisse in ihrer Arbeit berücksichtigen. So erreichen sie mitunter auch Menschen, die sonst nicht so leicht für den Klimaschutz zu gewinnen sind. Entsprechend wichtig ist ihr Engagement mit Blick auf die nationalen Klimaschutzziele der

Bundesregierung. Bei einer Fachveranstaltung im April in Berlin, zu dem das BMU alle Fördermittelempfänger eingeladen hatte, standen der Austausch zu thematischen Schwerpunkten der Projekte, die Überwindung administrativer Herausforderungen und Ideen zur Verstetigung zivilgesellschaftlicher Initiativen im Vordergrund.

Im Rahmen der vom SK:KK organisierten Veranstaltung wurden bei aller Diversität der mehr als 100 Projekte viele Gemeinsamkeiten deutlich: Die Organisation in ehrenamtlichen Strukturen zum Beispiel, die neben viel Flexibilität auch Herausforderungen, unter anderem bei der Projektadministration, mit sich bringt. In verschiedenen Workshops wurden unter anderem Fragen nach zielgruppenspezifischer Öffentlichkeitsarbeit mit Signalwirkung oder nach der Messbarkeit qualitativer Klimaschutzmaßnahmen erörtert. Nicht zuletzt trieb alle Initiativen auch die Frage danach um, wie sie ihre Projekte langfristig – auch nach Ablauf der Förderung durch das BMU – auf solide finanzielle und personelle Beine stellen können.

Über 100 Projekte wurden bislang über das Förderprogramm des BMU mit mehr als zehn Millionen Euro unterstützt. Das von ihnen abgedeckte Themenspektrum reicht von Upcycling-Werkstätten über klimafreundliche Mobilität und Alternativen zu Fast Fashion bis hin zu Urban Farming.



www.bit.ly/2yODiFF



Anna Nagel, M.A
+49 30 39001-235
nagel@difu.de



Dr. Wolfgang Haus †

Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) von 1973 bis 1978, ist am 8. Mai 2018 im Alter von 90 Jahren gestorben. Wolfgang Haus studierte Geschichte und Öffentliches Recht und promovierte 1955 an der Freien Universität Berlin. Nach seiner Dissertation begann er seinen beruflichen Weg zunächst als wissenschaftlicher Referent des Deutschen Städtetages, war Mitarbeiter im Verein zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben und arbeitete als Redakteur der 1962 geschaffenen Halbjahreszeitschrift Archiv für Kommunalwissenschaften. Als Geschäftsführer des 1966 gegründeten Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums legte er die Grundsteine des 1973 im Rahmen einer Hauptversammlung des Deutschen Städtetages auch von den Stadtpitzen geforderten praxisorientierten Forschungsinstituts. Im gleichen Jahr wurde Dr. Haus schließlich zum ersten Institutsleiter des Difu berufen. Durch sein engagiertes Wirken trug er entscheidend zur Etablierung des mittlerweile größten Stadtforschungsinstituts im deutschsprachigen Raum bei. Parallel zur erfolgreichen Leitung des Difu arbeitete Dr. Wolfgang Haus als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Dieses Mandat legte er nach fünf Jahren zugunsten eines Wechsels zum Sender Freies Berlin nieder, wo er bereits seit 1969 als Mitglied des Rundfunkrates, ab 1971 als dessen Vorsitzender sowie als Mitglied des SFB-Verwaltungsrates wirkte. Seit 1992 war Dr. Haus ehrenamtlicher Vorsitzender des Kuratoriums des Literarischen Colloquiums Berlin. Das Difu trauert um einen bemerkenswerten Mann und wichtigen Wegbereiter des Instituts.

Elena Aleev

arbeitet seit Oktober 2017 als Assistentin beim „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ am Standort Berlin. Ihre Ausbildung zur Verkaufsfrauentrainee absolvierte sie bei der Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH im Geschäftsbereich Hauptstadtmarketing. Nach ihrer Lehre arbeitete sie als Projektkoordinatorin im Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Senatskanzlei, und war für den Bereich Veranstaltungen und Publikationen verantwortlich. Vor ihrer Einstellung beim Difu absolvierte sie eine Weiterbildung zur Veranstaltungsfachwirtin. Elena Aleev unterstützt das SK:KK-Team bei seinen vielfältigen Aufgaben für den Klimaschutz.

Dr. Dirk Assmann

war von Februar 2016 bis Ende April 2018 als wissenschaftlicher Mitarbeiter zunächst im Team Wirtschaft und Innovation und im Anschluss im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) beschäftigt. Er arbeitete in Forschungsprojekten zu Themen der Cluster- und Innovationspolitik, zum Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung von Kommunen, zur regionalwirtschaftlichen Entwicklung sowie zu öffentlichen Finanzen. Im Mai 2018 wechselte er zur Friedrich-Naumann-Stiftung und ist dort als Referent im Schwerpunkt „Innovation und Urbanisierung“ tätig.

Gabriel Bartl

arbeitet seit April 2018 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team „Infrastruktur und Sicherheit“ des Forschungsbereichs „Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen“. Er forscht dort im Projekt „Sicherheit und Vielfalt in Kommunen (DiverCity)“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der „Forschung für die zivile Sicherheit“ gefördert wird. Zuvor arbeitete er an Fragen des Zusammenwirkens von Sicherheit und (Stadt-)Raum in zwei BMBF-Projekten an der Freien Universität Berlin. Anschließend war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter innerhalb der Professur für Interdisziplinäre Sicherheitsforschung lehrend und forschend an der Schnittstelle von

Informatik und Gesellschaft tätig. Gabriel Bartl promovierte derzeit bei Prof. Dr. Wolfgang Bonß (Universität der Bundeswehr München) über die Wahrnehmung und Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen am Flughafen.

Ines Blumenthal

arbeitet seit November 2017 als Assistentin beim „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK)“ am Standort Berlin. Während und nach ihrer Ausbildung zur Hotelkauffrau sammelte sie Erfahrungen in der Veranstaltungsorganisation. Von 2008 bis zum Einstieg beim SK:KK arbeitete Ines Blumenthal bei einem Ärzteverband in Berlin und war dort für die Organisation verschiedener Veranstaltungsformate und -größen zum Thema medizinische Fort- und Weiterbildung verantwortlich. Beim SK:KK ist sie hauptsächlich für die Organisation von einer Vielzahl von Veranstaltungen zuständig.

Niklas Creemers

unterstützt seit April 2018 als wissenschaftlicher Mitarbeiter das Team „Infrastruktur und Sicherheit“ des Forschungsbereichs „Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen“. Hier ist er ebenfalls für das Projekt „Sicherheit und Vielfalt in Kommunen (DiverCity)“ tätig. Nach seinem Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen arbeitete er am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin (TUB) als wissenschaftlicher Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsprojekten im Bereich der Stadt-, Sicherheits- und Technikforschung. Zuletzt war er Stipendiat am DFG-Graduiertenkolleg „The World in the City“ am Center for Metropolitan Studies der TUB. Sein von Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel (TUB) und Prof. John Mollenkopf (The Graduate Center of the City University of New York) betreutes Dissertationsprojekt beschäftigt sich mit der Digitalisierung polizeilicher Überwachungs- und Wissenspraktiken und deren Auswirkungen auf die Kriminalitätsbekämpfung in New York City.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Dr. Wolfgang Haus † (Foto: rbb), Elena Aleev, Dirk Assmann (Fotos: David Ausserhofer), Gabriel Bartl, Ines Blumenthal, Niklas Creemers (Fotos: Difu).



Difu zu Gast bei checkpoint bpb – Montagsgespräch in Berlin

Difu-Wissenschaftler Wolf-Christian Strauss nahm am 2.7. auf Einladung der Bundeszentrale für politische Bildung an einer Gesprächsrunde über Wohnmodelle der Zukunft teil. In der Veranstaltung ging es u.a. um folgende Fragen: Welche Konzepte kann es für eine zukünftige, nachhaltige Stadtentwicklung geben? Wie könnten alternative Nutzungskonzepte von Stadträumen gestaltet werden? Gibt es bereits funktionierende Wohnmodelle, die Vorbildcharakter haben könnten? Neben Wolf-Christian Strauss (Difu) beteiligten sich Thies Grothe (Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.), Sebastian Scheel (Staatssekretär für Wohnen, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen) sowie Wibke Werner (Stellv. Geschäftsführerin, Berliner Mieterverein e.V.) als Podiumsgäste an der Diskussion.

➔ www.bit.ly/2uzxRFt

Difu bei Podiumsdiskussion „Ist weniger mehr?“ in Flensburg

Dr. Stephanie Bock nahm am 13. Juni 2018 in Flensburg an der Podiumsdiskussion „Ist weniger mehr? Kommune zwischen Wachstumsdruck, Steigerungslogik und Nachhaltigkeit“ teil. Sie diskutierte gemeinsam mit Bürgermeister Henning Brüggemann, Michaela Christ vom Norbert Elias-Center der Europa-Universität Flensburg und Ulrich Ahlke vom Amt für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Kreis Steinfurt, über Wachstumszwänge, die kommunales Handeln beeinflussen sowie über Lösungsstrategien. Die Diskussion fand im Rahmen des BMBF-Projekts „Entwicklungschancen und Hemmnisse einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung“ statt.

➔ www.bit.ly/2uGgNxv

Difu auf BMBF-Forum für Nachhaltigkeit präsent

Beim 14. BMBF-Forum für Nachhaltigkeit, das vom 5. bis 6. Juni in Leipzig mit dem Schwerpunkt „Stadt forscht Zukunft!“ stattfand, nahmen zwei Difu-Wissenschaftler teil. Zentrale Konferenz-Themen waren die Leitinitiative Zukunftsstadt mit dem Leitbild der nachhaltigen, energieeffizienten und klimagerechten Stadt und die Frage, wie Kommunen in Deutschland noch konsequenter eine nachhaltige Stadtentwicklung verfolgen können. Christa Böhme

nahm als DiskutantIn am Podiumsgespräch des Workshops „Gesundheitsherausforderungen in der Zukunft sstadt“ teil. Im Zentrum des Gesprächs standen Herausforderungen des Klimawandels für eine „gesunde Stadt“ und Lösungswege der Stadtentwicklung/Stadtplanung zur Bewältigung gesundheitlicher Folgen des Klimawandels. Jens Hasse wirkte an der Vorbereitung und Durchführung des Workshops „Wie wirkt Forschung in und mit Kommunen“ auch als Co-Moderator mit.

➔ www.bit.ly/2MRgnf6

➔ www.bit.ly/2zgfJGA

Round-Table-Gespräch zu Föderalismus und Bildung

Am 5. Juni fand das Round-Table-Gespräch „Blick über den Tellerrand: Föderalismus und Bildung“ in der Landesvertretung NRW statt. Dr. Henrik Scheller hielt im Rahmen dieser Veranstaltung einen Impulsvortrag zu Entwicklungstrends im deutschen Bildungsföderalismus. Die Veranstaltung wurde vom Forum of Federations, Kanada, organisiert. Weitere Referenten waren der Botschafter Kanadas, Stéphane Dion, NRW-Staatssekretär Dr. Mark Speich sowie Prof. Kenneth Wong (USA).

➔ www.bit.ly/2yRKYXK

Difu trifft American Council on Germany

Am 28. Mai empfingen die Difu-Wissenschaftler Martina Hertel und Sebastian Bührmann eine Gruppe von 17 amerikanischen und deutschen Fachleuten, die eine Studienreise über nachhaltige Stadtentwicklung im transatlantischen Kontext durchführten, die „Sustainable Urban Development Study Tour“. Diskutiert wurden beim Difu-Termin u.a. die Themen Radverkehr, Kommunikationsstrategien, Verkehrssicherheit, Parkraummanagement, City-Maut und Diesel-fahrverbote.

➔ www.bit.ly/2GSPOnE

Strategieworkshop Wärmewende Berlin

Am 25. Mai fand in Berlin der Strategieworkshop „Wärmewende Berlin. Was kann und soll eine Wärmeplanung für die Hauptstadt leisten“ statt, der in Kooperation von Heinrich-Böll-Stiftung, Agentur für Erneuerbare Energien, IÖW und Difu vorbereitet und durchgeführt wurde.

Difu-Wissenschaftler Robert Riechel moderierte einen Workshop zur Rolle der Wohnungswirtschaft in der Wärmewende.

➔ www.bit.ly/2L1Ce6c

Difu aktiv beim Stadtradeln und Teamstaffellauf

Beim diesjährigen Berliner Teamstaffellauf am 6. Juni gingen wieder zwei Difu-Teams an den Start. Bei bestem Laufwetter joggten die Teams jeweils 5 x 5 km durch den Berliner Tiergarten und erlebten sich damit überdurchschnittliche Platzierungen. Das Difu beteiligte sich erneut am STADTRADELN Berlin, das von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz mit Unterstützung des ADFC Berlin e.V. organisiert wurde. Bei der bundesweiten Aktion des Klima-Bündnisses waren alle Bürger in Berlin aufgerufen, vom 3.–23. Juni auf das Rad umzusteigen. So sollten möglichst viele Menschen für den Umstieg aufs Rad gewonnen, ein erhöhtes Bewusstsein für fahrradfreundliche Städte geschaffen und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Das Difu-Team vermied durchs Radeln einen CO₂ Ausstoß von 1.316,3 kg.

➔ www.bit.ly/2m4TtWd

Difu bei der Fachtagung „FahRad“

Am 6. Juni 2018 vertraten Sebastian Bührmann und Oliver Reif-Dietzel das Difu auf der 4. Fachtagung „FahRad“ initiiert vom Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, der Stadt Eberswalde und der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg in Eberswalde mit rund 130 Teilnehmenden. Die Fachtagung stand unter dem großen Thema: „Kommunikation und Information als Beitrag zur Steuerung des Mobilitätsverhaltens“. Neben der Präsenz an einem Informationsstand zum Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz sowie der Fahrradakademie hielt Sebastian Bührmann auch einen Vortrag zum Thema „Fahradakademie und Fahrradportal – ein starkes Duo für Wissen und Vernetzung“.

➔ www.bit.ly/2KKSFoh

➔ www.bit.ly/2Jyee5T

Fotos (v.l.n.r.): Pixabay; Roundtable-Gespräch in NRW, Foto: Stefanie Loos; Wärmewende, Marco Verch, Creative Commons-Lizenz, www.bit.ly/1gZ6GGc; Teamstaffellauf, Foto: Elena Steinrücke/Difu.



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, öffentlich zugängliche Online-Publikationen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese exklusiven Infos über das Difu Extranet. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
 www.difu.de/extranet/

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
 www.difu.de/institut/zuwender

Falls trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktioniert, Probleme auftauchen oder Fragen auftreten, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Veröffentlichungen

Difu-Berichte 3/2018
 www.bit.ly/2tVM282

Fokus: Interkommunale Vorhaben im Klimaschutz
Tipps für erfolgreiche Förderanträge
 www.difu.de/11994

Wettbewerbsdokumentation:
Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten
 www.difu.de/11992

Klimaschutz & Gesundheit
 www.difu.de/11998

Klimaschutz & Tourismus
 www.difu.de/11997

Generationengerechte Ausrichtung von Stadtfinanzen
 www.bit.ly/2z5PHp2
 www.bit.ly/2tVDFtd

KfW Kommunalpanel 2018
 www.difu.de/11982

Integrierte Strategien kommunaler Gesundheitsförderung
 www.difu.de/publikationen

Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog
 www.difu.de/11836

SDG-Indikatoren für Kommunen
 www.difu.de/12019

Veranstaltungsdokumentationen & Vorträge

48. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung
  www.difu.de/11996

kommunal mobil 2018: Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten
  www.difu.de/12004

Neue Mobilitätskonzepte – Technischer Hype versus Praxistauglichkeit
  www.difu.de/11502

Grüne Dächer und vertikales Grün – Potenziale, Strategien, Instrumente
  www.difu.de/11500

Infrastruktur generationengerecht finanziert
Langfristige Infrastruktur- und Finanzplanung im „Konzern Stadt“
  www.difu.de/11489

Verwaltung trifft Beteiligung
  www.bit.ly/2MOtjm4

Perspektivplanung in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen
  www.bit.ly/2M1lhXk

Parkraumbewirtschaftung: Die „Königsdisziplin“ der Verkehrswende
  www.difu.de/11971

Neue Bussysteme in Stadt und Land – Vom Aschenputtel zur Königin des ÖPNV?
  www.difu.de/11950

Jahrestreffen 2018 der Difu-Zuwender
  www.difu.de/11746



Presseresonanz – das Difu in den Medien:

In den nachfolgenden Beiträgen wurde das Difu erwähnt – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen direkt zu den Beiträgen.

Rheinische Post, 6.7.2018 Neuss erhält Auszeichnung für Integrationsarbeit

Die Stadt Neuss gehört zu den Gewinnern des Bundeswettbewerbs „Zusammenleben – Hand in Hand“. Ausgezeichnet wurde die Stadtgesellschaft als Ganzes. Zusammen mit Kooperationspartnern hatte sich Neuss mit dem Gesamtkonzept.

➔ www.bit.ly/2KSsj3W

Kommune 21, 4.7.2018 Neuer Institutsleiter berufen

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat einen neuen Leiter: Professor Dr. Carsten Kühl tritt am 1. August 2018 die Nachfolge von Professor Martin zur Nedden an.

➔ www.bit.ly/2uhrMgr

DEMO online, 3.7.2018 Wege zur Umweltgerechtigkeit

Ärmere Menschen leben oft in Quartieren, die krank machen. Das Konzept „Umweltgerechtigkeit“ soll dies ändern und den Blick für das Problem schärfen. Berlin, Kassel, Marburg und München erproben, wie das Thema in der Verwaltung verankert werden kann.

➔ www.bit.ly/2m1TQkl

Leipziger Internetzeitung, 20.6.2018 Leipzig steht mit seinen Investitions-Problemen überhaupt nicht allein da

Es geht nicht nur Leipzig so. Alle deutschen Großstädte leiden darunter, dass sie jetzt massiv in Neubau investieren müssen – aber die Baukapazitäten sind ausgereizt.

➔ www.bit.ly/2zwUZKz

Behörden Spiegel online, 18.6.2018 Nominierte Kommunen für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2019

Für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis sind in diesem Jahr die Großstädte Heidelberg, Mannheim und Münster nominiert. Buxtehude, Eschweiler und St. Ingbert konnten sich unter den Kommunen mittlerer Größe behaupten. Für die Kleinstädte und Gemeinden stehen Bad Berleburg, Eltville am Rhein und Saerbeck im Finale.

➔ www.bit.ly/2m2f2GX

Deutschlandfunk Kultur, 5.6.2018 Tragfähigkeitslücke in Köln. Keine Zukunftsvorsorge

Köln muss versäumte Investitionen nachholen, Schulgebäude und Brücken sanieren und Alt-schulden abbauen. Und gleichzeitig müsste Köln in den nächsten Jahren massiv investieren, um zukunftsfähig zu bleiben.

➔ www.bit.ly/2lUg6fO

MDR online, 5.6.2018 Steigende Mieten: „Jeder Umzug wie eine Lohnkürzung“

Werden hohe Mieten und Wohnungsnot auch in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zum Problem? Darüber diskutierten die Gäste (u.a. Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold) bei „Fakt ist!“ aus Erfurt.

➔ www.bit.ly/2Nrgyib

Welt online, 4.6.2018 Großes Rennen in der digitalen Spitzengruppe

Die Leihräder der Deutschen Bahn waren die ersten. Mittlerweile gibt es ein Überangebot an Leihfahrrädern in deutschen Großstädten. Während asiatische Anbieter die Szene gewaltig aufmischen, sind die Behörden überfordert und die Bürger zunehmend wütend.

➔ www.bit.ly/2MOVJMS

Kommunal.de, 30.5.2018 Fördergelder: Wenn der Antrag komplizierter wird

Immer mehr Kommunen klagen über viel zu bürokratische Programme. Der Arbeitsaufwand ist immens hoch, die Fördertöpfe werden oft nicht richtig verstanden. Das Ergebnis: Mögliche Fördergelder werden gar nicht erst beantragt. Was tun?

➔ www.bit.ly/2u5jhFI

Neue Osnabrücker Zeitung, 24.5.2018 Klimaallianz: Mehr Gülle statt Mais in Biogasanlagen

Im Landkreis Oldenburg hat sich 2015 eine „Klimaallianz in der Landwirtschaft“ gebildet. Das Bündnis setzt auf die individuelle Beratung der Betriebe.

➔ www.bit.ly/2KtN7OR

Deutschlandfunk, 17.5.2018 Lösungen für die Wohnungsknappheit gesucht

Vor allem in den großen Städten wächst die Nachfrage nach Wohnungen. Die Zahl der Neubauten kann da nicht mithalten. Doch mit neuen und fortschrittlichen Wohnmodellen könnte man nicht nur neuen Wohnraum schaffen, sondern auch gesellschaftliche Anforderungen und Probleme lösen.

➔ www.bit.ly/2MPxLkz

Euractiv, 4.5.2018 Integration in Kleinstädten – Problem Ressourcenmangel

In kleineren Städten und Kommunen sind die Mittel zur Integration von Migranten oft knapp. Ein Forschungsprojekt hat nun Kommunen drei Jahre lang bei diesem Prozess begleitet.

➔ www.bit.ly/2wcFWDR

Kommunal.de, 16.4.2018 Parkraumbewirtschaftung: Nutzen und Effekte

Die Parkraumbewirtschaftung ist und bleibt ein Zankapfel in vielen Kommunen. Immer mehr Städte schaffen sie ab - dennoch haben Sie einen Nutzen, sagt eine Studie, die wir Ihnen zum Download anbieten!

➔ www.bit.ly/2znqnei



Deutsches Institut
für Urbanistik

Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-0
difu@difu.de
www.difu.de

